

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 6, September 2019 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ** Graz - Gemeinderatsklub

Maklergebühr soll fallen

Elke Kahr: „Beschluss noch vor der Wahl notwendig!“

Seite 2-3

Unser Blumenschmuckwettbewerb endet am Sa., 7. September, beim Volkshausfest mit der Preisverleihung um 17 Uhr. Wir danken allen Gärtnerinnen und Gärtnern, die mit ihrer Mühe die Stadt lebenswert machen.



volks
2019
hausfest



Sa., 7. Sept.
Lagergasse 98a

ab 15:00
Seite 25 und 28

Nationalratswahl am 29. September 2019



WIR KÖNNEN

ALTERNATIVE LISTEN KPÖ PLUS LINKE UNABHÄNGIGE

www.wirkoennen.at

KPÖ
Liste 7



„Ein Klimaschutz, der zu Lasten der Mittelschicht und der Ärmern geht, statt sich mit den globalen Konzernen anzulegen, ist weder moralisch noch wirkungsvoll.“ Sahra Wagenknecht, Focus, 6.7.2019.

„Martin Selmayr, der Generalsekretär, der Juncker und die EU-Kommission gelenkt hat, lässt sich als EU-Repräsentant nach Wien versetzen. Für die Dauer seiner Amtszeit wird das Salär für diesen Posten auf 17.000 € (monatlich) heraufgesetzt.“ Martin Sonneborn, EU-Parlamentarier (Die Partei), 25.7.2019.

„Wir stehen mitten in einem Klassenkampf, der aber von oben nach unten betrieben wird.“ Ivo Hajnal, bundesweiter KPÖ-Spitzenkandidat, 22.7.2019.

Die Deutsche Bank hat im 2. Quartal 2019 einen Verlust von 3,1 Milliarden Euro gemacht. Da Verluste stets dem Eigenkapital zugeordnet werden, dürfte der Eigenkapitalpuffer der Deutschen Bank damit so langsam aufgezehrt sein. Wenn die Bank nicht bald wieder Gewinne macht, könnte schon bald der Ruf nach dem Steuerzahler (oder der EZB) nötig werden. Nachdenkseiten, 25.7.2019.

„Die Lernkurve mancher Spitzenpolitiker nach Ibiza verlief beängstigend flach. Die vielen vollmundigen Versprechen von Sauberkeit und Transparenz – alles bloß Geschwätz von vorgestern.“ Eva Linsinger, Profil, 29.7.2019.

„Wir brauchen keinen Kampf der Generationen, sondern endlich einen Aufstand der Unterprivilegierten und Benachteiligten.“ Bernhard Heinzlmaier, Kleine Zeitung, 28.7.2019.

„Die FPÖ hat auch in dieser Regierung durchaus unternehmerfreundliche Politik betrieben“ Oliver Pink, Die Presse, 16. 8. 2019.

MAKLERPROVISION FÜR MIETER VOR DEM AUS

Druck zeigt Wirkung

Die Abschaffung der Maklergebühr für Mieter ist zum Greifen nahe. Die ÖVP kündigte an, ihren Widerstand gegen diese wichtige Forderung aufzugeben. Die KPÖ hat unter anderem mit einer großen Unterschriftensammlung dazu beigetragen, dass der Druck von unten immer größer geworden ist.

Stadträtin Elke Kahr: „Wenn die Volkspartei dieses Anliegen tatsächlich ernst nimmt, könnte sie einen entsprechenden Antrag noch vor der Wahl im Parlament einbringen. Eine Mehrheit dürfte sich dort mit ziemlicher

Sicherheit finden lassen. Vor der Wahl vollendete Tatsachen zu schaffen, ist dringend notwendig und ein erster, wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden und mieterfreundlichen Reform des Mietrechtes.“

Allein die **Wohnungseinstiegskosten** machen in Österreich im Schnitt so viel aus wie die Miete für ein halbes Jahr. Maklerprovisionen sind dabei ein wichtiger Faktor. Seit Jahren weist die KPÖ gemeinsam mit der AK und dem Mieterschutzverband auf diesen Missstand hin. In anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen,

Irland oder der Schweiz, müssen Mieter keine Provision zahlen. Seit 1. Juni 2015 muss auch in Deutschland der Auftraggeber die Provision zahlen.

Im September 2018 übergaben Stadträtin Elke Kahr, Gemeinderat Manfred Eber und Labg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) die Petition „Weg mit der Maklerprovision für Mieter“ an die damalige und derzeitige zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures. „Die gesammelten 7.871 Unterschriften hatten wir in kürzester Zeit alleine in Graz zusammen. Doch unsere Petition dümpelt noch immer im Parlamentsausschuss herum“, so Kahr.

Das Leben ist zu teuer. Gebührenstopp!



„Steigende Wohn- und Lebenskosten bereiten den Menschen große Sorgen.“ Aus diesem Anlass protestierte die KPÖ am 29. Juni in Graz gegen die ständige Teuerung. Die Grazer Stadträtin Elke Kahr, Stadtrat Robert Krotzer und KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler, marschierten, unterstützt von vielen Grazerinnen und Grazern, in Warnwesten vom Lendplatz zum Jakominiplatz. Die Stadt Graz hätte es in der Hand, die automatische Erhöhung der Gebühren für Müll und Kanal sowie der Öffi-Tarife auszusetzen. Das war der Fall, als es im Grazer Gemeinderat ein freies Spiel der Kräfte mit Elke Kahr als Vizebürgermeisterin gab. Schwarz-Blau nimmt keine Rücksicht auf die Bevölkerung.










KPÖ

**WOHNEN
MUSS
LEISTBAR
SEIN**

AM 29. SEPTEMBER: ~~KPÖ~~ Liste 7

Ein Zuhause zum Wohlfühlen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Die Kosten dafür steigen aber enorm: Um 24 Prozent sind die Mieten in der Steiermark innerhalb der letzten 10 Jahre gestiegen. Dazu kommen steigende Tarife für Strom, Heizung und Betriebskosten sowie hohe Maklerprovisionen und Kautionen. Immer mehr Menschen müssen 40 oder gar 50 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen, während die Profite der Immobilienbranche und von Spekulanten immer weiter steigen. Für leistbares Wohnen braucht es Taten statt schöner Worte.

Dafür KÖNNEN Elke Kahr und Robert Krotzer im Nationalrat eintreten:

-  **Eine bindende Mietzinsobergrenze, um Mietzinswucher zu unterbinden.**
-  **Abschaffung der Maklerprovision für Mieter!**
-  **Keine Privatisierung öffentlichen Wohnraums!**
-  **Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!**
-  **Österreichweiter Kautionsfonds**
-  **Befristung von Mietverhältnissen einschränken**
-  **Zweckbindung der Wohnbaufördermittel für sozialen Wohnbau**

www.wirkoennen.at

MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Politik – wie geschmiert



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Spielsucht stürzt tausende Menschen in unserem Land ins Unglück. Das Geschäft mit der Spielsucht ist für die meisten Parteien lukrativ, weil für sie sehr viel dabei herauspringt. Seit dem Ibiza-Video kann diese Tatsache nicht mehr geleugnet werden. Es ist kein Zufall, dass einige Politiker wie Hahn (ÖVP), Gusenbauer (SPÖ) oder Glawischnig (Grüne) Spitzenposten beim einem österreichischen Glücksspielkonzern hatten oder haben – und die Zuwendungen an FP-Vereine sind gerade ein aktuelles Thema.

Hier gibt eine Firma Millionen aus, damit ihr Milliardengeschäft wie geschmiert läuft. Die Probleme der Menschen, die unter der Spielsucht leiden, spielen keine Rolle. Die hohen Kosten für die Folgen der Spielsucht tragen nicht nur die Spielsüchtigen, sondern auch ihre Angehörigen.

Deshalb hat die KPÖ mit Claudia Klimt-Weithaler vor fast 15 Jahren den Kampf gegen die Glücksspielindustrie aufgenommen: Dem Geschäft mit der Spielsucht müssen wirksame Schranken gesetzt werden. Dem Einfluss des Glücksspielkonzerns setzen wir unser Engagement und die Unterstützung durch viele Menschen in unserem Land entgegen. Und wir unterstützen Familien, die durch die Spielsucht eines Angehörigen in eine aussichtslose Lage gestürzt werden.

Jetzt gibt es – endlich – eine Diskussion auf Bundesebene. Strache hat im Video gesagt: „Novomatic zahlt alle“. Wir können sagen: Die KPÖ ist da nicht dabei.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im Rathaus:

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Das Klima lässt sich nicht kaufen. Viele Politiker aber schon.

AUS DEM INHALT

Blumenschmuckwettbewerb	4/5
Gemeinsam mit Rücksicht6
Neue Öffi-Linien in Graz7
Das ist das GUSTMobil8
Seelische Gesundheit9
Interview mit Robert Krotzer 10
Rückzahlung der Mietkaution	. 12
Regionales 13-16
Betreubar oder betreut? 18
Frieden – die Überlebensfrage	19
Saubere Hände21
Veranstaltungen24/25
Leserbriefe, Rätsel, Inserate,	
Impressum26/27

Der heurige Blumenschmuckwettbewerb der KPÖ geht ins Finale:

BLUMEN FÜR ALLE

Ein echter Augenschmaus



Eine schöne Bepflanzung macht die Wohnung erst zu einem lebenswerten Ort. Viele Grazerinnen und Grazer scheuen keine Mühe, um sich mit sattem Grün und bunten Blüten zu umgeben. Der Blumenschmuckwettbewerb der KPÖ gibt Einblick in fantastische Gärten, liebevoll dekorierte Balkone und bunte Fensterbankerl. Das Stadtblatt zeigt Ihnen eine Auswahl der Teilnehmer am Blumenschmuckwettbewerb.

Die Prämierung des Blumenschmuckwettbewerbs und eine Fotoausstellung finden im Rahmen des **Volkshausesfestes** statt. Es findet am 7. September im Volkshaus (Lagergasse 98a) statt.

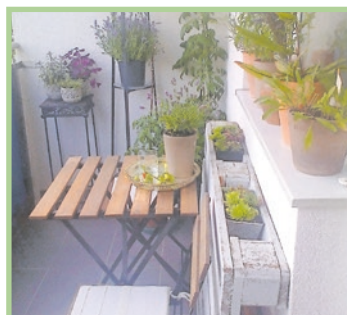
Prämierung der Gewinnerinnen: 17:00 Uhr

An dieser Stelle danken wir allen Teilnehmern und Hobbygärtnerinnen, die unsere Stadt individuell und bunt machen.

Kommen Sie vorbei und bestaunen Sie die schönsten Blumen der Stadt!

Die Fotos sind ab 9. 9. 2019 auch auf www.kpoe-graz.at zu sehen.

Ein Paradies über den Dächern von Graz. Der Balkon von Hanna Tesfaye in der Feuerbachgasse gibt nicht nur einen atemberaubenden Ausblick auf den Schloßberg, sondern zeigt auch eine reiche Vielfalt an Pflanzen. Neben zahlreichen Blumen finden sich einige Palmen und sogar selbst angebaute Salate. Ein Paradies, das das Gärtnerherz höher schlagen lässt.



Shabby-Chic. Eine bemalte Palette als Halterung für Blumenkisterl, eine alte Kommode mit vielen Kräutern und Deko im Shabby-Chic-Stil verwandeln den Balkon von Anna Stangl in einen extravaganten Platz. Genau richtig für laue Sommernächte.



Ein besonders Platzlerl. Die prächtige und farbenfrohe Fülle des Gartens von Dirk Raith in der Thaddäus-Stammel-Straße lässt sich nur ganz schwer mit einem Foto darstellen. Die Artenvielfalt an Blumen und Pflanzen lässt bei keinem Gartenliebhaber Wünsche offen.



Ein Ort für alle. Die Bewohnerinnen und Bewohner am Hofacker schätzen das von Gertraud Batek gestaltete Eckerl besonders. Auf der Sitzbank, die sich inmitten eines Arrangements von verschiedensten Pflanzen befindet, kann man duchschnaufen und zur Ruhe kommen.



Herzlich willkommen. Da kommt man gerne nach Hause. Adelheid Pichler hat den Eingang zu ihrem Wohnhaus am Berlinerring mit einem imposanten Blumenstock geschmückt. So finden auch die Nachbarn an dem blumigen „Türsteher“ große Freude.



Wie mit einem Lineal nachgemessen. Der Blumenschmuck von Rosalia Jeber in der Eduard-Keil-Gasse hängt am Balkon exakt vermessen. Die harmonische Farbkombination der Blumen trägt das Ihre dazu bei, und macht den Balkon auch für Spaziergänger zu einer farbenfrohen Pracht.



Terrasse zum Genießen. Ein traumhafter Blick über Graz sowie die elegante Anordnung der Pflanzen machen diesen Balkon von Christina Hollosi-Boiger zu einer Oase der Ruhe. So lädt das Platzel in der sonst eher lauten Gegend rund um die Babenbergerstraße zum Ausspannen ein.



Ein Paradies für Kinder. Der üppige Garten in der Beethoven-Straße hat wahrscheinlich schon viele Passanten ins Staunen versetzt. Neben Blumen hat Adelheid Joshi vor allem viele Obstpflanzen gesetzt, an deren Früchten sich vor allem Kinder erfreuen, wenn sie auf Besuch sind.



Balkon für Naschkatzen. Ribisel aus dem Blumenkisterl? Ja, das geht! Die Pflanze mit der beliebten roten Beere lädt nicht nur zum Naschen ein, sondern spendet auch kühlenden Schatten. Zudem hat Familie Waltl neben zahlreichen Blumen auch imposante Tomatensträucher – und das direkt am Fensterbankerl.



Treffpunkt für Nachbarn. Der Nachbarschaftsgarten in der Triestersiedlung lädt nicht nur zum Verweilen ein. Auch das eine oder andere Tratscherl ist stets willkommen. Gemeinsam mit Anneliese Scherz pflegen die Bewohner der Triestersiedlung nicht nur den Garten, sondern auch die gute Nachbarschaft.

Gemeinsam mit Rücksicht – auch im Straßenverkehr!

Der Verkehr wird immer dichter und vielfältiger. Nicht immer ist genug Platz vorhanden. Das macht es umso notwendiger, dass alle Verkehrsteilnehmer miteinander auskommen.

Mur und nun auch ein Transparent in der Schmiedgasse.

„Ich bin nicht für Sperren und Verbote und werbe immer für Verständnis. Ich stehe aber auch zu polizeilichem Einschreiten, wenn die Spielregeln von Sicherheit und Respekt grob verletzt werden,“ betont Kahr.

In näherer Zukunft soll die innerstädtische Radachse durch die Schmiedgasse eine Entlastung erfahren, nämlich dann, wenn im Zuge der Innenstadt-Entflechtung der Straßenbahn ein eigener Radweg über die Neutorgasse entsteht.

Unter dem Motto „Gemeinsam mit Rücksicht“ macht Stadträtin Elke Kahr Werbung für ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer: Markierungen auf Radwegen (Schwimmschulkai), Cartoons auf den Hochwasserwegweiser-Tafeln entlang der



22. September: Autofreier Tag Mobilitätsfest und „Tour de Graz“

Nach zwei Jahren am Lendplatz steigt heuer das Mobilitätsfest zum Europaweiten Autofreien Tag am 22. September (Sonntag) wieder in der Innenstadt, und zwar am Opernring. Geboten wird viel Programm rund um sanfte Mobilität für Jung und Alt, vom Rad-Service bis zum Goldsprint, umrahmt von Live-Musik und Picknick. Um 16.00 Uhr startet die „Tour de Graz“, ein X-Large-CityRadeln mit heuer besonders spannender Routenwahl und Labestation in Feldkirchen. Infos: graz.at/autofreiertag



„Schau Mama, eine Waschmaschine für Fahrräder!“ Beim Open House in und vor der Radstation am Hauptbahnhof gab es Anfang August gratis Radchecks & -wäsche sowie Kaffee & Kuchen. Organisiert wurde der Tag von der Fa. Bicycle, die im Auftrag der Stadt, Verkehrsplanung, die Station betreibt. Bis Ende September – und dann wieder ab Frühjahr – werden kleine Reparaturen und Fahrradverleih geboten. Rund um die Uhr hat man mit einem Monats- bzw. Jahresticket um 7 bzw. 70 Euro Zugang zur sicheren und trockenen Garage in der Fahrradstation. Die Radlobby ARGUS Steiermark informierte beim Open House rund ums Radfahren.

Socialcard-Lücke wird geschlossen: Freifahrt für Sechsjährige

Ab Herbst dürfen Kinder, die sechs Jahre alt sind, aber noch nicht in die Schule gehen und deren Eltern die Sozialcard Mobilität haben, die Öffis in Graz kostenlos nutzen. Bisher war dies nur für Inhaber des Verbundtickets „Familienpass“ möglich. Erforderlich ist ein

Gratis-Zusatzticket, das beim Mobilitätscenter der Graz Linien in der Jakoministraße gegen Vorlage der Geburtsurkunde gelöst werden kann. „Damit hat eine bisher benachteiligte Gruppe endlich kostenlosen Zugang zum ÖV“, zeigt sich Verkehrsstadträtin Elke Kahr zufrieden.

Liebenau und Puntigam

Zwei neue Kreisverkehre

Zwei neue Kreisverkehre kommen in Liebenau und in Puntigam. Die Neugestaltung der Kreuzung Karl-Huber-Gasse – Petrifelderstraße – Neufeldweg – Sternäckerweg bringt Entschärfung dieses Gefahrenpunktes. Planung und Finanzierung werden heuer abgeschlossen, 2020 wird gebaut.

An der Kreuzung Alte-Post-Straße – Wagner-Jauregg-Straße, ebenfalls ein Unfallhäufungspunkt, kommt es noch im Herbst zu einer Zwischenlösung: Mit mobilen Elementen wird der Kreisverkehr provisorisch installiert, ehe er 2020 dann auch baulich gestaltet wird.

Keine Freifahrt für Senioren

Die Seniorenermäßigung im Verkehrsverbund ist an den Besitz einer **ÖBB-Vorteilscard** geknüpft. Das ist für viele ein großes Ärgernis. Elke Kahr (KPÖ) wendet sich seit Jahren dagegen.

Ein anderer Weg ist möglich: So verlangt man in Wien oder Oberösterreich nur einen Personalausweis für eine Ermäßigung. Andere Staaten sind mutiger: In Ungarn gibt es Freifahrt für alle Senioren aus der EU. In Tschechien und der Slowakei beträgt die Seniorenermäßigung – gegen Vorlage eines Ausweises – ab 65 Jahren bis zu 75 Prozent. Menschen über 70 können die Öffis in Prag gratis benützen.

Warum geht das bei uns nicht?

Das Busnetz wird enger geknüpft

Ab 7. September: neue Strecken, dichtere Intervalle

Mit Schulstart gibt es zahlreiche Veränderungen im Busbetrieb der Graz Linien. Es ist die umfangreichste Linienreform seit Jahren. Markanteste Neuerung: Die neue Linie 66 quert die Stadt von Ost nach West und verbindet St. Peter mit Wetzelsdorf.

Die Änderungen im Busnetz betreffen nicht nur den Grazer Westen. Hier die Neuerungen ab 7. September:

66 Buslinie 66: Die neue Tangentiallinie verläuft südlich des Stadtzentrums und verbindet Grottenhof (Straßganger Straße/Grottenhofstraße) mit St. Peter Schulzentrum. (Siehe Linienplan unten).

71 Buslinie 71: Schulzentrum St. Peter – Ostbahnhof wird durch die besser getaktete Linie 66 ersetzt, eine direkte Anbindung des Ostbahnhofs war aus technischen Gründen nicht mehr möglich.

33 Buslinie 33: Führt vom Jakominiplatz über Don Bosco nur noch bis zur Haltestelle Peter-Rosegger-Straße (Ecke Straßganger Straße) und nicht mehr weiter durch die Gaswerk-

straße bis zur Eggenberger Allee. Die Bedienung im wegfallenden Abschnitt übernehmen die Linien 62 und 65 (siehe unten).

65 Buslinie 65: Wird von Puntigam kommend über die Straßganger Straße weiterfahren (bisher bis zur Endstation Linie 7, Wetzelsdorf), und zwar durch die Gaswerkstraße/Karl-Morre-Straße bis zur Eggenberger Allee.

68 Buslinie 68: Die von der Fa. Watzke geführte Linie verbindet Lustbühl über die Petersbergenstraße mit St. Peter. Die bisherige Endstation Schulzentrum wird nicht mehr von allen Kursen angefahren. Die reguläre Endstation wird an die Endstation der Linie 6 nach Peterstal verlegt. Der Takt wird nachmittags auf 30 min. halbiert.

Fahrplanerweiterungen:

4 Linie 4, Mo.-Fr. gibt es zwei zusätzliche Abfahrten am Abend Richtung Andritz.

20 Linie 20 verkehrt an Sonn- und Feiertagen als Verstärkerlinie zwischen Laudongasse – Hauptbahnhof und Jakominiplatz zwischen 13:45 und 18:45 Uhr.

34 Linie 34: Es kommen zwei neue Einschubbusse an Schultagen zu Mittag vom Jakominiplatz nach Thondorf sowie ein neuer Einschubkurs an Schultagen ebenfalls zu Mittag in die Gegenrichtung.

61 Buslinie 61 (Watzke): Zwei zusätzliche Fahrten Mo.-Fr. in der Früh und geringfügige Verschiebungen tagsüber sorgen für bessere Verbindungen und Anschlüsse.

62 Buslinie 62: erstmals wird auf der gesamten Linie ein Abend- und Sonntagsverkehr angeboten, d.h. es gibt nun einen täglichen Betrieb bis Mitternacht. Zusätzlich wird diese Linie im Abschnitt zwischen Eggenberger Allee und Grottenhofstraße mit der Linie 62E verdichtet.

Im Zuge der Neuerungen und Umstellungen ergeben sich Veränderungen bei einigen Haltestellen.

Neu und Besser

„Mit diesen Neuerungen ge-

lingt eine Angebotsverbesserung im Westen der Stadt und in Gebieten wie Harmsdorf“, fasst Stadträtin Elke Kahr zusammen. Allein im Zusammenhang mit der Einrichtung der Linie 66 wurden fünf neue Haltestellen gebaut und sechs weitere angepasst und verbessert. Doch es bleibt noch viel zu tun. Kahr: „Was noch stärker ausgebaut gehört, ist der Abend- und Wochenendverkehr: ich gehe davon aus, dass dies mit dem nächsten Fahrplanwechsel gelingt.“

GEBLITZT... wird nun auch stationär



Dieser Tage wurden sie „scharf“ gestellt: Die neuen stationären Radargeräte, die an sechs Standorten im 30er-Netz für die Einhaltung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit und damit mehr Sicherheit sorgen sollen.

Die stationären „Blitzer“ messen rund um die Uhr. Der mobile Überwachungstrupp des Magistrats wurde um zwei Mitarbeiter aufgestockt, die – wie ihre Kollegen – der Polizei dienstzugeteilt sind.

Neue Stationäre Radarstandorte:

Krottendorferstraße
Schwarzer Weg
Rudersdorferstraße
Papiermühlweg
Sternackerweg
Schubertstraße
Babenbergerstraße



Die neue Linie 66: Wetzelsdorf – St. Peter ohne Umsteigen. Auf einer Streckenlänge von rund zehn Kilometern bringt die neue Linie 66 alle Fahrgäste bequem und schnell quer durch die Stadt.

Anruf-Sammel-Taxi ab Ende September

GUSTmobil startet in drei Grazer Gebieten

Rund 10 Prozent der Grazer haben keinen brauchbaren Anschluss an den Öffentlichen Verkehr. Mit der Einführung des Anrufsammeltaxis GUSTmobil Ende September soll sich das verbessern.

regulären öffentlichen Verkehr erschlossen sind, ein ÖV-Angebot einzuführen. Die drei Gebiete sind:

- Platte
- Straßgang – Katzelbach/Wetzelsdorf
- Hafnerstraße

Aus bestimmten den Stadt- und Randgebieten können ab drei Euro Anschlüsse zum Netz der Graz Linien oder Ziele des täglichen Bedarfs innerhalb des jeweiligen Gebietes per Taxi erreicht werden.

Die Abteilung für Verkehrsplanung hat einen Vorschlag ausgearbeitet, in drei Siedlungsbereichen, die derzeit nicht vom

Eine derartige Lösung gibt es bereits seit 2017 in 29 Grazer Umgebungsgemeinden mit bereits bestehenden Haltepunkten am Stadtrand von Graz, wie z.B. an der Endhaltestelle der Linie 7 in Wetzelsdorf.

In dem nun umgesetzten Konzept wurden in den drei Gebieten insgesamt 201 Haltepunkte definiert: Die (Umstiegs-)



Stadträtin Elke Kahr mit David Hinteregger von ISTmobil und Taxiunternehmer Gernot Jaritz

Punkte an den ÖV-Haltestellen sind mit Tafeln ausgeschildert, die

Haltepunkte innerhalb der Gebiete sind auf einem Übersichtsplan an den ÖV-Haltestellen oder im Internet dargestellt. Stadträtin Elke Kahr: „Wir wollen Mobilität für alle möglich machen. Mit dieser Innovation gelingt es uns, Bedienungslücken in Graz zu schließen.“

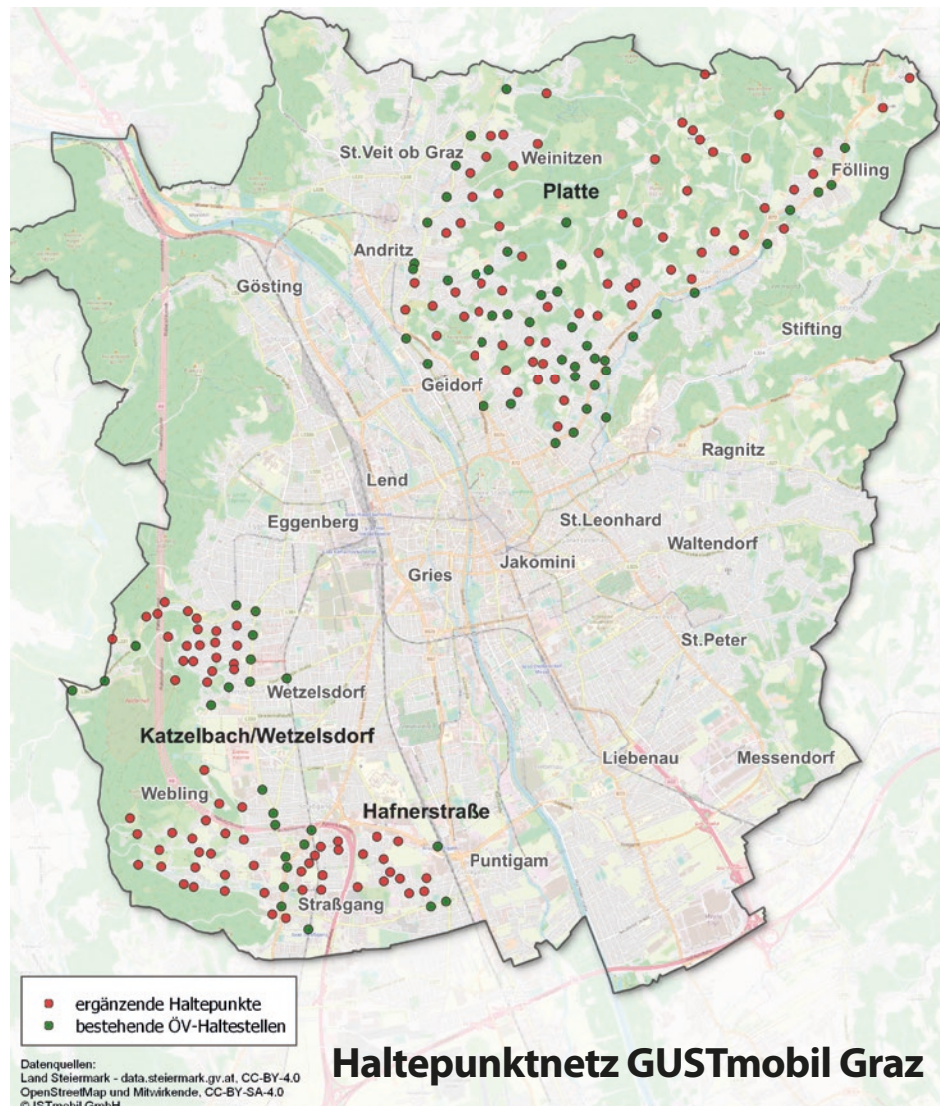
wird. Die Fahrgäste werden mittels GUSTmobil vom gewünschten Start- zum Ziel-Haltepunkt innerhalb eines der drei Bedienungsbereiche gebracht. Die Betriebszeiten für das GUSTmobil sind täglich von 5.00 bis 24.00 Uhr und wurden so gewählt, dass auch Pendler vom Angebot Gebrauch machen können.

Die Tarife

Der GUSTmobil-Tarif ist abhängig von der Wegstrecke und der Anzahl der Personen pro Fahrt: Wenn z.B. eine Person eine Fahrt mit einer Strecke von 2,5 km bucht, kostet das drei Euro. Wenn vier Personen dieselbe Fahrt bestellen, zahlt jede Person einen Euro. Für Fahrten in Graz wird aufgrund der geringen Fahrtstrecken ein Fahrpreis in den ersten beiden Tarifintervallen erwartet, d.h. sie liegen zwischen einem und fünf Euro pro Person.

Sollte das System in der Bevölkerung angenommen werden, sind die Fortführung und allenfalls auch Veränderungen bzw. Erweiterungen vorgesehen.

Weitere Infos zu GUSTmobil in Graz: <http://istmobil.at/istmobil-regionen/gustmobil-graz>. Informationen auch beim **Mobilitätsfest am 22. September am Opernring.**



Haltepunktnetz GUSTmobil Graz

Die geplanten Sammelhaltepunkte im Grazer Stadtgebiet (grün = an ÖV-Haltestellen)

Datenquellen:
Land Steiermark - data.steiermark.gv.at, CC-BY-4.0
OpenStreetMap und Mitwirkende, CC-BY-SA-4.0
© ISTmobil GmbH

DISKUSSION



MACHT.KAPITALISMUS.KRANK?

Welche Auswirkungen hat die moderne kapitalistische Arbeitswelt auf die physische und psychische Gesundheit? Eine Diskussion mit

Dr.in Leonie Knebel, Psychologin an der Freien Universität Berlin

Dr. Hans Peter Meister, Kassenarzt für Allgemeinmedizin, Graz

Univ.-Prof. MMag. Dr.in Johanna Muckenhuber, Psychologin und Soziologin

Moderation: **Claudia Klimt-Weithaler**, Vorsitzende KPÖ Steiermark

Am Mittwoch, dem 16. Oktober, um 18:30 Uhr

im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Das Tabu brechen!

Was haben Knochenbrüche, die Masern, chronische Rückenschmerzen und psychische Erkrankungen gemeinsam?

Sie können alle treffen.

Sie treffen viele.

Sie können vermieden werden.

Sie können geheilt werden.

Für viele Menschen sind psychische Erkrankungen aber leider noch ein Tabu: Man redet im Alltag nicht darüber. Genau das sollte man aber tun.

Darum haben wir den „Tag der seelischen Gesundheit“ ins Leben gerufen.

Wer Probleme lösen will, muss aber auch über Politik reden. Zu vielen Menschen bleibt der Zugang zu psychologischer Hilfe nämlich verwehrt, weil das Angebot nicht ausreicht. Psychotherapie auf Krankenschein ist darum ein Gebot der Stunde.

Und schließlich geht es darum, gegen die gesellschaftlichen Wurzeln von Krankheit anzukämpfen. Denn der Druck, der heute auf den Menschen lastet, ist enorm. Immer mehr leiden unter Burnout, während andere verzweifeln und krank werden, weil sie lange keine Arbeit finden.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Tel.: 0316 872-2070

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

fb.com/robert.krotzer.graz

Sprechstunden:

Jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.



SYMBOLFOTO: ISTOCK

Tag der seelischen Gesundheit

Erstmals präsentieren sich am 9. Oktober in Graz alle Einrichtungen, die Menschen mit psychischen Erkrankungen zur Seite stehen.

Als krank gilt immer noch, wer Fieber hat. Mit einem einfachen „Kopf hoch“ hingegen werden psychische Erkrankungen oft abgetan. Und obwohl immer mehr Menschen in Österreich darunter leiden, ist es immer noch tabu, darüber zu reden oder sich professionelle Hilfe zu holen.

„Das darf nicht so bleiben“, sagt der Grazer Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ). „Wir brauchen ein Klima, in dem man offen darüber sprechen kann. Wie man bei einem ge-

brochenen Fuß eine Behandlung braucht, ist das auch bei psychischen Problemen nötig.

Tag der seelischen Gesundheit

Deshalb hat er den „Tag der seelischen Gesundheit“ ins Leben gerufen. **Am Mittwoch, den 9. Oktober**, werden sich zwischen 14 und 19 Uhr im großen Saal der Arbeiterkammer (Hans-Ressel-Gasse 8–14) alle relevanten Einrichtungen präsentieren, die sich in Graz mit psychischer

Gesundheit beschäftigen. Bei den Ständen der Organisationen kann man einfach ins Gespräch kommen, sich informieren und austauschen. Interviews mit Experten und Expertinnen geben Einblicke in unterschiedlichste Themenfelder.

Rund um den Tag gibt es ein vielfältiges Rahmenprogramm, das von Kabarett bis zu kostenlosen Kino-Vorstellungen reicht.

Alle Infos finden Sie unter:
graz.at/seelischegesundheit

»Abgehobene Polit-Gehälter führen zu abgehobener Politik«

Über Zwei-Klassen-Medizin, dringend nötige Verbesserungen bei der Pflege, die Klimakrise und Gehaltsobergrenzen in der Politik sprach das Grazer Stadtblatt mit Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer (KPÖ). Er ist Spitzenkandidat der Liste 7 – KPÖ in Graz und in der Steiermark.

Warum kandidiert die KPÖ bei den anstehenden Nationalratswahlen und welche Ziele haben Sie?

Robert Krotzer: Es muss endlich und dringend über die alltäglichen Probleme der Menschen geredet werden: Wohnen, Gesundheit und Pflege. Die etablierten Parteien agieren oft abgehoben und haben kein Verständnis für die Sorgen der einfachen Menschen. Das kann sich nur ändern, wenn eine Partei gestärkt wird, die das Ohr bei der Bevölkerung hat. Und die vor allem nicht abhängig ist von Groß-Spendern aus der Finanz- oder Immobilien-Branche.

Wir machen uneigennützig Politik für alle Menschen, die keine Lobby haben und setzen uns etwa für Mietzinsobergrenzen, einen Gebührenstopp bei Betriebskosten, Abschaffung der Maklergebühr und eine kostenlose Gesundheitsversorgung ein. Eine starke KPÖ erhöht den Druck auf die anderen Parteien, beim Thema Wohnen nicht länger zu schlafen.

Sie wollen die Gesundheit thematisieren. Wieso das?

Krotzer: Weil die Versorgung für die Bevölkerung immer schlechter wird. Teure Wahlärzte gibt es so viele wie noch nie in Österreich. Aber die meisten Menschen können sie sich nicht leisten. Auf einen Termin beim Facharzt mit Kassenvertrag müssen immer mehr Menschen oft Monate warten.

Die Versorgung im ländlichen Raum wird immer weiter ausgedünnt. Auf einen OP-Termin im Krankenhaus wartet man bis zu einem Jahr, wenn man keine Zusatzversicherung hat. Die Ambulanzen sind meistens heillos überfüllt, und das Gesundheitstelefon 1450 hält nicht, was versprochen wurde. Und gleichzeitig sperren ÖVP und SPÖ die Spitäler zu. Das ist falsch. Das muss sich ändern!

Sie sind Pflegestadtrat in Graz. Das Thema wird ja jetzt auch breit debattiert.

Krotzer: Beim Thema Pflege wird viel mit Zahlen jongliert. Dabei vergessen viele Politiker, dass es die Menschen sind, die beim Thema Pflege im Mittelpunkt stehen sollten – die Menschen, die Pflege brauchen und ihre Angehörigen, aber auch jene, die in den Pflegeberufen oft unter enormem Arbeitsdruck arbeiten.

Was ist beim Thema Pflege für Sie das Wichtigste?

Krotzer: Dass die Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können. Oftmals sind sie aus finanziellen Gründen gezwungen, in ein Heim zu gehen, weil sie sich das tägliche Leben nicht mehr leisten können, wenn sie mobile Pflege voll be-

zahlen müssen. In Graz haben wir deswegen eine Zuzahlung eingeführt: Bei mobilen Pflegediensten in Graz stellen wir sicher, dass den Menschen in jedem Fall die Höhe der Mindestpension von derzeit 885 Euro für Miete und Lebensalltag verbleibt.

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass dieses Modell steiermarkweit umgesetzt wird und auch pflegebedürftige Menschen in Leoben, Voitsberg oder Frohnleiten davon profitieren. Wichtig ist, dass der Regress für die mobile Pflege dringend abgeschafft wird – wer in den eigenen vier Wänden bleibt, darf nicht benachteiligt werden!



RAT UND HILFE

STICHWORT: PFLEGE GELD

- Habe ich Anspruch auf Pflegegeld?
- Welche Möglichkeiten habe ich, wenn sich mein Pflegebedarf erhöht hat?
- Was tun bei zu niedriger Pflegegeldstufe?

Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt Dr. **Wolfgang Sellitsch** (Jurist, SMZ Liebenau)

**am Dienstag, den 10. September, um 16 Uhr,
im KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020
Graz**

Eine Veranstaltung des Zentralverbands der Pensionistinnen und Pensionisten.



Ist der Begriff „Pflegenotstand“ für Sie berechtigt?

Krotzer: Absolut! Es fehlen allein in der Steiermark 500 ausgebildete Pflegekräfte – und das pro Jahr! Die Beschäftigten in den Pflegeberufen haben sich auf jeden Fall nicht nur mehr Wertschätzung, sondern auch mehr Gehalt verdient! Man darf nicht vergessen: Viele Beschäftigte leisten Großartiges – und arbeiten am Limit. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken außerdem besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Auch das Wohnen ist der KPÖ ein wichtiges Anliegen. Warum?

Krotzer: Vor den Wahlen wird über das Wohnen immer viel geredet und geschrieben. Die Versprechungen sind nach den Wahlen aber immer schnell vergessen. Immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten. Deswegen

braucht es dringend fixe, leistbare Mietzinsobergrenzen, die Abschaffung der Maklerprovision für Mieter das Verbot von Privatisierungen und den Ausbau des öffentlichen Wohnbaus.

Für Sie gilt die KPÖ-Regelung der Gehaltsobergrenze?

Krotzer: Ja, ich gebe monatlich knapp 4.000 Euro von meinem Gehalt an Menschen in Notlagen weiter und behalte mir 1.950 Euro. Einmal im Jahr lege ich zusammen mit der Grazer Stadträtin Elke Kahr und den beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg darüber Rechenschaft ab. Mit mehr als zwei Millionen Euro ist in den 20 Jahren, in denen die steirische KPÖ diese Regelung befolgt, Menschen in Notlagen geholfen worden. Diese Regelung der KPÖ halte ich für sehr wichtig, denn abgehobene Politikergehälter führen auch zu abgehobener Politik.

ELKE KAHR AUF DER KPÖ-BUNDESLISTE



Im Nationalratswahlkampf erhebt die Grazer Stadträtin **Elke Kahr** die Forderung nach einem österreichweiten Kautionsfonds, wie es ihn in Graz bereits gibt. Kahr kandidiert auf Platz 2 der KPÖ-Bundesliste. Spitzenkandidat des Bündnisses aus Alternativen Listen, KPÖ plus, Linken und Unabhängigen ist der Innsbrucker Universitätsprofessor **Ivo Hajnal**. Die Sozialwissenschaftlerin **Zeynep Arslan** tritt auf Platz 3 an.

„Wir stehen mitten in einem Klassenkampf, der aber von oben nach unten betrieben wird“, findet Hajnal klare Worte. Auch Arslan geht es darum, die finanziellen

Bruchlinien sichtbar zu machen: „In der derzeitigen Politik darf es nicht mehr um Großprojekte gehen, sondern um die Alleinerziehende, die die Wohnung nicht mehr heizen kann.“

Die steirische KPÖ-Landesliste wird vom Grazer Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** angeführt. Er betont: „Was wir brauchen, ist eine grundlegend andere Politik – und eine Partei, die sich für all jene Menschen einsetzt, die keine Lobby haben.“

Alle Kandidatinnen und Kandidaten auf der KPÖ-Liste (Liste 7) haben sich zu einer Gehaltsobergrenze, wie es sie bei der KPÖ Steiermark gibt, verpflichtet.



„0 Prozent käuflich, 100 Prozent sozial.“ Das ist der Titel der Broschüre, in der die KPÖ Steiermark erklärt, wie sie Österreich in einem ersten Schritt verändern möchte. Sie kann im Grazer Volkhaus in der Lagergasse 98a abgeholt oder unter bl-graz@kpoe-graz.at bzw. 0316-71 24 79 bestellt werden. **Sie möchten mithelfen, die Ideen und Vorschläge bekannt zu machen? Wir schicken Ihnen gern kostenlose Exemplare zu.**

Was macht die KPÖ mit der Parteienförderung?



Robert Krotzer, Elke Kahr, Manfred Eber legten im Sommer die Verwendung von Fördergeld für den KPÖ Gemeinderatsklub offen.

Die große Politik redet immer gern vom Sparen, wenn es um Sozialleistungen oder um Pensionen geht. Wenn es um Geld für die Parteien geht, ist oft doch eine satte Erhöhung möglich.

So stieg die Parteienförderung in Graz seit 2013 um 50 Prozent von 1,5 auf 2,3 Millionen Euro. Weil das laut Landesgesetz gar nicht erlaubt ist, benannte man einen Teil der Parteienförderung einfach in Klubförderung (für die Gemeinderatsklubs der Parteien) um.

Für die KPÖ ist es ein Anliegen, auch über die Verwendung dieses Geldes Rechenschaft abzulegen. 267.586 Euro hat der KPÖ-Gemeinderatsklub im letzten Jahr bezogen.

Soziale Unterstützungsleistungen, Spenden, die Bankerl-Aktion und der Sozialratgeber ha-

ben im letzten Jahr zusammen 148.454 Euro ausgemacht. „Damit haben wir unser Versprechen, die Erhöhung der Fördergelder an die Bevölkerung zurückzugeben, eingehalten“, so die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

86.592 Euro wurden für Bürger-Information, vor allem das Grazer Stadtblatt aufgewendet.

Bankerlaktion

Die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ wird von der KPÖ aus diesen Mitteln bestritten. „Uns ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen und Sitzgelegenheiten zu schaffen, wo man nichts konsumieren muss“, so Elke Kahr.

„Wer in unsere Finanzen Einsicht nehmen will, kann das jederzeit tun. Wir haben nichts zu verbergen“, unterstreicht KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer.

Details: <https://www.kpoe-graz.at/was-macht-die-kpoe-mit-ihren-foerdergeldern.phtml>

KPÖ Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. **0316 71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)



RECHT GEFRAGT §§



Von Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte im Büro von Stadträtin Elke Kahr, TEL. 0316/ 2060

Abzug von der Kautions – Nicht alles gefallen lassen!

Eine der häufigsten Anfragen in unseren Sprechstunden betrifft die Kautions: Oft wollen sowohl private Vermieter als auch Immobilienbüros einen möglichst großen Teil davon einbehalten. Oft nicht zu Recht:

Margit H. wollte man die Kosten für einen neuen E-Herd abziehen, da eine Kochplatte des alten – seit Bezug 1987 in der Wohnung befindlichen – Gerätes nicht mehr funktionierte.

Mirsad C. sollte mit seiner Kautions für einen neuen Laminatboden aufkommen, weil der mindestens gut 20 Jahre alte Boden Kratzer und Unebenheiten aufwies. In beiden Fällen wurde den Mietern von ihren Vermietern/Hausverwaltungen versichert, dass ohnehin das jeweils günstigste Produkt gekauft wurde, um von der Kautions möglichst viel zurückzahlen zu können.

Doch weder Margit H. noch Mirsad C. müssen sich von ihren Kautions etwas abziehen lassen, denn sowohl der E-Herd als auch der Laminatboden haben ihre durchschnittliche Lebensdauer weit überschritten und sind daher – wirtschaftlich gesehen – wertlos.

Viele Vermieter „übersehen“ nämlich gerne, dass für Schäden an Einrichtungsgegenständen immer nur der Zeitwert (aktuelle Wert), nicht jedoch der Neuwert verrechnet werden darf. So auch im Fall von Ulrike T., die durch ein Missgeschick tatsächlich einen tiefen Sprung in ihrem gut 20 Jahre alten Waschbecken verursacht hat. Da Keramikwaschbecken

eine durchschnittliche Lebensdauer von 35 – 40 Jahren haben, muss sich T. maximal den halben und nicht, wie vom Vermieter verlangt, den gesamten Preis eines neuen Waschbeckens von der Kautions abziehen lassen.

In anderen Fällen versuchen Vermieter, normale Abnutzungen, die vom Mieter ohnehin mit der Miete bezahlt werden, als Schäden zu bewerten und den Mieter zur Zahlung zu verpflichten. Das betrifft zum Beispiel Dübellöcher, die von der Rechtsprechung grundsätzlich als normale Abnutzung eingestuft wurden und bei Auszug aus der Wohnung vom Mieter nicht verspachtelt werden müssen, als auch Silikonfugen, die der Mieter nicht erneuern muss.

Zuletzt wird auch oft versucht, Kosten für eine Endreinigung zu verrechnen. Hat man die Wohnung durchschnittlich und „ortsüblich“ gereinigt, ist das ebenso nicht statthaft wie das Verrechnen von Kosten für die Wohnungsrückgabe.



Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen und Mieten haben, stehen Ihnen Stadträtin Elke Kahr und ihr Team (Rathaus, Tel. 0316/872-2064) sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

Umwelt- und Klimaschutz – – viel heiße Luft

Viele Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt und gegen die Klimaerwärmung werden nicht umgesetzt. In Graz gibt es dafür zahlreiche Beispiele.

Faule Tauschgeschäfte

Die Grazer hören regelmäßig von der „Grünraumoffensive“. Doch die entpuppt sich mehr und mehr als Offensive gegen den Grünraum statt für dessen Erhaltung.

An allen Ecken und Enden wird gebaut, eine Wiese nach der anderen verschwindet unter Asphalt und Beton. Im Zuge eines „Grundstückstausches“ hat die Stadt Graz 20 Hektar am Plabutsch an Helmut Marko verscherbelt. Für ein Kraftwerk mitten in der Stadt samt Kanalprojekt sind in den letzten zweieinhalb Jahren 16.000 Bäume gefällt worden. Die Plabutschgondel bedroht 3.000 Bäume. Damit verbunden sind die Zerstörung des Lebensraumes vieler Tier- und Pflanzenarten und eine Verschlechterung des Stadtklimas.

Nur der raschen Reaktion der KPÖ und dem aktiven Einsatz vieler Leute ist es zu verdanken, dass die Umwidmung eines fünf Hektar großen Grundstückes auf den Grottenhofgründen in Baugrund vorerst verhindert wurde.

16.000 Bäume an der Mur wurden gefällt, viele weitere werden absterben, nachdem ihre Wurzeln geflutet wurden.

Gondeln für Touristen statt Öffis für alle?

Statt dringend nötige Projekte, wie die Südwestlinie nach Don Bosco, die Nordwestlinie oder den Nahverkehrsknoten Gösting zu verwirklichen, versteigt man man sich in hochtrabende und teure Pläne wie ein U-Bahn, die Gondel auf den Plabutsch oder eine Schifflinie auf der Mur.

Zumindest soll es – auf Druck der KPÖ – eine Volksbefragung zur Plabutschgondel geben.

Dicke Luft in Graz

Atemwegserkrankungen bei Kindern und Erwachsenen stei-

gen. Besonders im Süden und Südwesten unserer Stadt. In den nördlichen Bezirken, wo die Luft besser ist, ist das Wohnen teurer.

Wie schaut es aus mit Maßnahmen zur Eindämmung der Feinstaubbelastung?

Die KPÖ fordert seit Jahren autofreie Tage und gratis Öffis an Feinstaubtagen.

Doch die Wirtschaftslobby verhindert autofreie Tage, für Gratis Öffi-Regelungen ist angeblich kein Geld da. Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen, wie sie die KPÖ vorgeschlagen hat, wurde von ÖVP, SPÖ und FPÖ immer wieder boykottiert.

Der Lichtblick: Widerstand wächst

Licht, Luft, Grünraum brauchen wir alle – Stadtentwicklung darf keine Spielwiese für Spekulanten sein. Bestehende Grünräume, Innenhöfe und Vorgärten müssen geschützt, der Ankauf von Grünflächen für Spiel, Sport und Erholung durch die Stadt muss gefördert werden. Wohnklötze ohne jedes Grün, die nur den Interessen von Investoren dienen, müssen verhindert werden. Die KPÖ hat als einzige Partei gegen den Flächenwidmungsplan gestimmt, weil sie diesen rasanten Flächenfraß nicht mittragen wollte.

Elke Kahr und Robert Krotzer sowie die KPÖ-Gemeinde- und Bezirksräte setzen sich dafür ein, dass Interessen von Energiekonzernen, Profitoptimierern und Baulobby nicht über Mensch, Natur und Umwelt gestellt werden.

Plabutschgondel

Am 12. Februar 2019 lud Stadträtin Elke Kahr zu einer Informationsveranstaltung zur Plabutschgondel in Eggenberg ein. Viele Betroffene verließen ihren Bedenken gegen dieses 42.-Mio.-Projekt Ausdruck. Der Widerhall der Veranstaltung führte dazu, dass Bürgermeister Nagl eine Volksbefragung zur Plabutschgondel für das 1. Quartal 2020 ankündigte. Nun spießt es sich bei der Fragestellung, ein Rückzieher bezüglich Volksbefragung ist zu befürchten.

INFOVERANSTALTUNG

Die nächste Infoveranstaltung der KPÖ für den Bezirk Gries findet am 25. September, um 18:00 Uhr im Hörsaal der GGZ, Albert-Schweitzer-Gasse 36, statt.



MITTAGS-TISCH



Jakomini. Jeden Mittwoch von 11:30 - 14:00 Uhr haben Bewohner aus Jakomini (und Besucher aus anderen Stadtteilen) im Rahmen des „Mittagstisches“ die Möglichkeit, gemeinsam zu kochen, zu essen und Kontakte zu knüpfen. Unter dem Motto „Gemeinsamkeit und Offenheit“ kann jede und jeder mitmachen. Im Zuge des Projekts ist bereits das Rezeptbuch „Jakomini-Schmankerl“ entstanden, aus dem die beliebtesten und schmackhaftesten Gerichte nachgekocht werden können.

Kommen Sie vorbei: Jeden **Mittwoch**, von **11:30 - 14:00 Uhr** im **SMZ-Stadtteilzentrum Jakomini** (Conrad von Hötzen-dorf-Straße 35, 8010 Graz)

RADWEG ZUM BAHNHOF

Lend. Der 2. Abschnitt der Verbesserung des Keplerstraßenradwegs wird spätestens im Frühjahr in Angriff genommen: Zwischen Marienplatz und Hauptbahnhof wird der Radweg auf Gehsteigniveau angehoben. Im oberen Abschnitt erfolgt zusätzlich die Pflanzung mehrerer Bäume, und durch die Umgestaltung der Kreuzung Mariengasse – Hans Reselgasse werden die Aufstellflächen für Fahrräder erweitert.

GRÄTZLFEST UND RAD-SPAZIERFAHRT



Geidorf. Am 8. September findet wieder das „Margherl-Grätzlfest“ statt: Vorgarten-Spaziergang mit **Gertraud Prügger**, Rad-Check und Waschstraße von Bicycle, Tanz mit Helga Kern-Theissl sind unter anderem Teil des bunten Programms. Auch für hochkarätige Livemusik ist gesorgt. Und wie jedes Jahr gibt es ab 10:30 Uhr eine Rad-Spazierfahrt. Das

gesamte Programm finden Sie unter www.margerl.at. Wegen des großen Andrangs hat der Bezirksrat Geidorf gemeinsam mit der Grätzelinitiative Margaretenbad ein zweites Lastenrad angeschafft. Das elektrische Grätzlerad kann bis zu drei Tage lang kostenlos bei der Firma Bicycle in der Körösistraße ausgeliehen werden. www.das-lastenrad.at

BREMSE FÜR LKW AM ROSENBERG

Geidorf. Die schmalen, verwinkelten Gassen am Rosenberg sind für LKWs kaum geeignet. Nun hat auch eine Verordnung des

Straßenamtes klargestellt, dass nur Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen Gesamtgewicht die Straßen am Rosenberg befahren dürfen

ERINNERUNG AN BEDEUTENDE FRAUEN

Geidorf. Am 20. August wurden im Rahmen einer Feier vor dem Margerl durch das Kulturamt Erinnerungstafeln für elf Frauen, die in Geidorf gelebt und gearbeitet haben, angebracht, eine davon für Jenny Zerkowitz, die Erbauerin des Margaretenbades. Im Zuge des Nazi-Einmarschs 1938 enteignet, durften Zerkowitz und ihre Familie das Bad nicht mehr betreten. Zerkowitz wurde am 22.12.1942 im KZ Theresienstadt ermordet.



GRAZ BRAUCHT DAS PAMMERBAD



Waltendorf. Der extrem heiße Sommer hat den Wunsch vieler Grazerinnen und Grazer nach Abkühlung verstärkt. Dazu braucht es Anlagen, die mit den Öffis, dem Fahrrad und auch zu Fuß gut erreichbar sind. Das vor 15 Jahren stillgelegte Pammerbad in Waltendorf erfüllte diese Anforderungen über Jahrzehnte hinweg. Nun dümpelt diese wunderbare Anlage ungenutzt vor sich hin. Die KPÖ-Gemeinderäte **Elke Heinrichs** und

Andreas Fabisch fordern die Stadt Graz und die Holding auf, sich um eine Reaktivierung der Anlage ab Sommer 2020 zu bemühen. Fabisch: „Gerade im Osten von Graz besteht kein übergroßes Angebot an Freibädern. Die Stadt sollte gemeinsam mit dem Eigentümer eine Lösung im Interesse tausender Badelustiger finden.“ Finanzstadtrat Riegler jetzt reagiert hat angekündigt, sich mit der Eigentümerin in Verbindung zu setzen.

Haben Sie Ideen oder Anliegen für Ihren Bezirk?

RUFEN SIE UNS AN!

Anita Strasser
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98

NEUER MISTKÜBEL

Gries Auf die Bitte von Bezirksrätin **Gerti Schloffer** wurde ein Mistkübel am Grieskai gegenüber dem Ambulatorium Physiomur neben dem Trinkbrunnen aufgestellt. Ein Danke an

die zuständige Magistratsabteilung bzw. die Holding. Schloffer bittet aber die Bevölkerung, diesen Kübel nicht für die Deponierung des Hausmülls zu verwenden.

KLIMAWANDEL AUCH IN STRASSGANG



Strassgang. Der Bezirk war auch heuer wieder steirischer Hitzepol! Obwohl der Bezirk noch viel Grün durch Florianiberg und Buchkogel bietet, haben viele Straßgänger das Gefühl, weniger Luft zu bekommen. KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser:** „Allen, die ihre Gärten und Balkone naturnah gestalten, ein herzliches Danke, denn sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung des Klimas in unserem Be-

zirk!“ Sie appelliert an alle Bauherren: „Bitte begrünen Sie mehr Dächer und Fassaden, legen Sie Blumenwiesen an und schütten Sie keine Steine auf. Bepflanzen Sie Baumscheiben und setzen Sie mehr Bäume und Sträucher!“

Die Stadt Graz gewährt übrigens Zuschuss für Beratung durch fachkundige Firmen und Institutionen betreffend Dach- und Fassadenbegrünung. **Informationen:** www.umwelt.graz.at

ERHALT VON GRÜNFLÄCHEN



St. Leonhard Der heißeste Juli seit Beginn der Aufzeichnungen macht deutlich: Grünflächen in Städten sind enorm wichtig für die Lebensqualität der Bewohner. Umso wichtiger ist es, ausreichend Grünraum zu erhalten. Nun setzt sich eine Bürger-

Inneninitiative aus St. Leonhard mittels Petition gegen die geplante Bebauung im Bereich Leonhardstraße/Leonhardgürtel/Engelgasse, sowie für generelle Maßnahmen zum Erhalt von Grünflächen im Bezirk ein. Sie können die Petition unterstützen unter:

openpetition.eu!/gruenessanktleonhard
oder im Büro der KPÖ Graz in der Lagergasse 98a im Volkshaus.

KASTNER-DACH UND ALTSTADT



Innere Stadt. Seit rund einhalb Jahrzehnten wird die von Kastner&Öhler zugesagte Bronzebeschichtung des Daches – zur Anpassung an die Grazer Dachlandschaft nicht umgesetzt. Angeblich ist Kastner in Graz noch immer auf der Suche nach der geeigneten Legierung für das Dach.

KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch:** „Offenbar handelt es sich hier um ein Jahrhundertprojekt. Nur – die Grazer Bevölkerung hat keine Lust, 100 Jahre darauf zu warten. Die Dachdecker und Spengler unserer Landeshauptstadt wären auf jeden Fall schon längst bereit!“

NEUE ELTERNHALTESTELLE UND RADBÜGEL

Jakomini. Eine Begehung mit Vertretern des Bezirks, des Straßenamts und Stadträtin Elke Kahr im Bereich Ortweinplatz erbrachte zwei Maßnahmen: in der Brockmanngasse (vor den Hausnummern

54 und 57) und in der Klosterwiesgasse kommen neue Radabstellanlagen, in der Kastelfeldgasse werden im Bereich der Volksschule Krones beidseitig „Elternhaltestellen“ – Tafeln aufgestellt.

FARCE UM NACHBARSCHAFTSZENTRUM

Lend. Zuletzt wurden die Finanzierungsansuchen von Nachbarschaftszentren von FPÖ-Vizebürgermeister Eustacchio neu geregelt: Dem Bezirksrat sollte die Aufgabe zufallen, durch Abstimmung einzelne Projekte zu empfehlen. In der Bezirksratssitzung vom 12. Juni stimmte der Bezirksrat Lend – mit Ausnahme der FPÖ – geschlossen für zwei Projekte des Nachbarschaftszentrums NaNet („Plauderstunde“

und „Floßlend aktiv“). Das wurde nun von Eustacchio abgelehnt. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Christian Carli** ist empört: „Warum soll der Bezirksrat abstimmen, wenn Vizebürgermeister Eustacchio dann ohnehin gegen den Bezirksrat und gegen NaNet entscheidet? Es ist eine Farce, weil der Bezirksrat lächerlich gemacht wird. Auf der Strecke bleiben dabei leider wichtige soziale Projekte in unserem Bezirk.“

GUT ZU WISSEN!



Eggenberg. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, verbilligt oder gratis den Park des Schloß Eggenberg zu besuchen.

Gratis Parkeintritt erhalten Sie mit:

- Steirischer Familienpass
- Hunger auf Kunst und Kultur
- Holding Graz Jahres- und Halbjahreskarte
- Steiermark-Card

Ermäßigter Parkeintritt:

- ÖAMTC-Mitgliedskarte
- Ö1-Club
- Alpenverein
- Naturfreunde-Mitglieder
- Österreichisches Bundesheer
- Urania-Mitglieder

Wir wünschen viel Vergnügen bei Ihrem Besuch im schönen Barockschloß Eggenberg.

LENDPLATZ UND RADELN

Lend. Durch die Öffnung der Fußgängerzone im östlichen Bereich des Lendplatzes entsteht eine zweite durchgängige Radachse in Nord-Süd-Richtung: Bisher war das Radeln auf einem kurzen Stück zwischen Keplerstraße und Billa nicht erlaubt.



ÖFFI-TARIFE: KOMMEN JETZT VERBESSERUNGEN?

Nicht nur regelmäßige Preissteigerungen bei den Öffis regen auf, sondern auch Ungerechtigkeiten, die vor allem Kinder und Senioren betreffen. So müssen Kinder ab dem 6. Lebensjahr, die noch nicht zur Schule gehen und deren Eltern Inhaber einer Sozial Card sind, den Vollpreis zahlen. Und SeniorInnen müssen, um in Graz billiger mit den Öffis fahren zu dürfen, die Vorteilscard Senior der ÖBB vorweisen. „Diese Regelungen



sind schikanös und führen zu zahlreichen Strafen für die Betroffenen, die oft nicht Bescheid wissen,“ so KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**, der im Gemeinderat eine Reparatur gefordert hat. Seit vielen Jahren setzt sich die KPÖ für Verbesserungen bei diesen Missständen ein. Jetzt soll endlich Bewegung in die Angelegenheit kommen. Der Antrag wurde erfreulicherweise einstimmig im Gemeinderat angenommen.

FÜR SIE ERREICHT! GEHALT DER WASSERZÄHLER-ABLESERINNEN DEUTLICH ERHÖHT

Gehälter bei der Stadt und Holding auf Vertragsbasis beschäftigt sind, trotz steigender Inflation (rund 20 % in 10 Jahren) und zunehmender Lebenshaltungskosten seit 2009 (!) bis vor kurzem nicht erhöht. Mit etwas Verspätung hat sich jetzt tatsächlich etwas bewegt: „Die Erhöhung der Honorare war höchst an der Zeit und ist mit durchschnittlich 18,9 % auch angemessen“, zeigt sich KPÖ-Gemeinderat **Horst Alic** erfreut.



SCHNELLER ZUR GEBURTSURKUNDE

Noch immer beträgt die Wartezeit auf Ausstellung einer Geburtsurkunde rund 4 Wochen. „Dies hat weitreichende Folgen. So sind der Bezug von Wochengeld, die Ausstellung der E-Card oder das Kinderbetreuungsgeld von der Vorlage der Geburtsurkunde abhängig. Vor allem für finan-



ziell schwächer gestellte Familien kann dadurch schnell eine existenzbedrohende Situation entstehen,“ sagt KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**. Auf Nachfrage versichert Vize-Bürgermeister Eustacchio, dass der Personalengpass noch vor Ende des Jahres behoben sein wird.

KEIN SPAREN BEI KINDERN

Die Sozialraumorientierung ist ein Konzept, welches in der Kinder- und Jugendhilfe in Graz seit geraumer Zeit angewendet wird. Kritiker sehen in diesem Modell eine reine Einsparungsmaßnahme, bei welcher Kinder und Familien oft auf der Strecke bleiben. Laut Jugendamt soll das neue Modell gegenüber dem alten ein Einsparungspo-



tential von rund 40% aufweisen (knapp 12 Millionen Euro pro Jahr). „Der Zugang zu den Hilfen wurde derart erschwert, dass sich in den ersten Jahren nach der Einführung die Fallzahlen fast halbiert haben,“ sagt KPÖ-Sozialsprecherin **Uli Taberhofer**. Als Grundlage für Verbesserungen forderte sie aktuelle Zahlen und Fakten ein.

HOHE AUSGABEN FÜR MARKETING

Seit geraumer Zeit meint man, dass die Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz immens zunehmen. Imagevideos, breitangelegte Plakatkampagnen oder mehrmalige großflächige Schaltungen in Zeitungen. Laut eigenen Angaben beliefen sich die Netto-Marketingausgaben die Stadt Graz im Zeitraum von 1. August

2018 bis 31. Dezember 2018 (5 Monate) auf 183.000 Euro. Aufs ganze Jahr gerechnet ergibt das Ausgaben im Bereich von 530.000 Euro. Laut Aufdecker-Plattform „GRAZ:ungeschminkt“ flossen seit 2012 von Seiten der Stadt über 1,8 Millionen Euro für Werbungen an Zeitungen, Rundfunk und Radio.

MEHR GRÜN AM JAKOMINIPLATZ

Im Sommer ist es am Jakominiplatz unerträglich heiß. Für die wenigen Bäume wurden zu kleine Baumscheiben und zu wenig Platz für das Wurzelwerk vorgesehen, sodass sie rasch absterben und immer wieder nachgepflanzt werden müssen.



„80.000 Menschen frequentieren den Jakominiplatz täglich. Mehr Bäume, weitere Sitzgelegenheiten und begrünte Laubengänge könnten die Aufenthaltsqualität stark verbessern“, so KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**.

KÜNSTLERINNEN BESSER BEZAHLEN

Das Klischee vom Künstler, der von der Hand in den Mund lebt, ist für viele kulturschaffende Menschen aufgrund von prekären Beschäftigungsverhältnissen leider noch immer bitterer Alltag. KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada**: „Eine



Kulturhauptstadt, wie es Graz ist, sollte mit gutem Beispiel vorangehen.“ Sie hat deshalb den Antrag gestellt, noch vor Beginn des Kulturjahres 2020 verbindliche Honoraruntergrenzen für die von der Stadt Graz beauftragten Künstler einzuführen.

BIM-ANZEIGE

Immer wieder erkennen Leute die Nummernanzeige bei alten Straßenbahnen nicht sofort. Das sorgt für Stress, Orientierungslosigkeit und manchmal auch für das Versäumen der Tram“, so KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**, der einen Antrag auf Verbesserung der elektronischen Anzeigen eingebracht hat.

WHATSAPP-NEWSLETTER

Verpassen sie keine Termine & Aktuelles von der KPÖ Graz!

2 Schritte und schon gehts los:

1) **Speichern** Sie die Nummer 0677 18 91 7550 als **KPÖ Graz**

2) **Senden** Sie über WhatsApp eine Nachricht mit „**Start**“

Top informiert und jederzeit kündbar.

Neubeginn nach Krankheit oder Unfall

Beratungszentrum hilft

„Es war ein Schock!“ Mit diesen Worten beschreibt Andreas Trinkaus seine Gefühle, als für ihn nach 21 Jahren als Drucktechniker klar wurde, dass er diesen Beruf nicht mehr würde ausüben können.

Nach zwei Bandscheibenvorfällen, wiederholten Krankenständen und jahrelangem Leiden musste Andreas Trinkaus 2016 zur Kenntnis nehmen: Er konnte seine Arbeit als Drucktechniker, verbunden mit stundenlangem Stehen und Heben schwerer Lasten, nicht mehr ausüben. Aber was nun?

Arbeitslos geworden erfuhr er von Bekannten von der Möglichkeit, sich umschulen zu lassen. Das AMS prüfte die Voraussetzungen und schlug eine Maßnahme beim Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) vor. Heute, drei Jahre später, sitzt Herr Trinkhaus uns gegenüber: „Ich habe vor einer Woche die Lehrabschlussprüfung als Bürokaufmann mit gutem Erfolg absolviert und auch schon erste Bewerbungen geschrieben“, erzählt er. Die Angst, die nächsten 20 Jahre bis zu seiner Pensionierung ohne Lohn und Brot zu sein, hat er nicht.

Was kann ich gut?

Das BBRZ begleitet Personen, die aufgrund körperlicher, aber auch psychischer Beeinträchtigungen (Unfälle, Erkrankungen, Berufsunfähigkeit, Burnout usw.) ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben können. Ziel ist es, dass sie wieder ins Berufsleben einsteigen können. „60 – 70 Prozent unserer Kunden haben drei Monate nach Abschluss der Maßnahme wieder eine Arbeit, von der sie auch leben können und dürfen im Schnitt ein Jahreseinkommen von etwa 25.000 Euro brutto erwarten“, sagt Regionalleiter Mag. Andreas Schröck.

Ermöglicht wird dies durch



Wiedereinstieg in den Beruf nach Krankheit: Andreas Trinkaus in der Übungsfirma.

ein spezielles Konzept. Gemeinsam mit den Betroffenen wird ausgelotet, was machbar ist bzw. wie sich jemand künftig beruflich einbringen kann. Am Beginn des Programms stehen eine arbeitsmedizinische und arbeitspsychologische Abklärung sowie eine umfassende Kompetenzerhebung.

Von Jobcoaching bis Lehre

8 bis 16 Wochen dauert die Orientierungsphase. Jede/r Teilnehmer/in hat eine Bezugsperson, die den Prozess begleitet und für Beratungsgespräche zur Verfügung steht. Auch Ergo- und Physiotherapie werden angeboten. Ist ein Ziel ausgemacht, folgen Jobcoaching, ein Praktikum, die Vermittlung bzw. Auffrischung bestimmter Kulturtechniken im technischen oder kaufmännischen Bereich oder sogar eine komplette Umschulungsmaßnahme mit Lehrabschluss, wie sie Herr Trinkaus absolviert hat. Dabei erfolgt die theoretische Ausbildung vor Ort und wird durch Praktika in verschiedenen Betrieben außer Haus ergänzt. Bei der Vermittlung hilft das BBRZ. Darüber hinaus gibt es drei Übungsfirmen im Haus, wo die reale Geschäftswelt simuliert wird und verschiedene Unternehmensbereiche – vom Einkauf über das Sekretariat, die

Buchhaltung, das Marketing bis hin zum Verkauf – durchlaufen werden können. Mehr als 50 Berufsausbildungen bietet das BBRZ an.

Erfolgsgeheimnis: Nicht aufgeben!

In der Zeit ihrer Neuorientierungs- und Ausbildungsphase beim BBRZ erhalten die Teilnehmer Arbeitslosengeld bzw. eine Deckung des Lebensunterhalts.

Für Andreas Trinkaus war das BBRZ auch eine Bereicherung. „Man tauscht sich mit den anderen aus, sieht, dass man nicht allein ist, richtet sich gegenseitig auf. Wir sitzen alle im selben Boot“, sagt er. Trinkaus will auch andere ermutigen, eine berufliche Neuorientierung zu wagen. Eines ist aber Voraussetzung dafür: „Man muss es wirklich wollen und dranbleiben“, so der frischgebackene Bürokaufmann.

Im BBRZ in der Alten Poststraße werden aktuell 250 bis 300 Personen betreut. 20 bis 25 Personen können jeden Monat neu einsteigen. Die Vermittlung erfolgt über das AMS, die AUVA, die PVA oder andere Versicherungsträger. Nachfragen lohnt sich!

INFOS UND KONTAKT:
Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) Graz, Tel. 0316/577 674

KOMMENTAR



Von GLB-KPÖ Arbeiterkammerrätin Hilde Tragler

Prinzipientreue?

Ein Jahr ist es her, seit in Wien 100.000 Menschen auf einer Gewerkschaftsdemo gegen den 12-Stunden-Arbeitstag protestiert haben. Das mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossene Gesetz trat dennoch in Kraft. Jetzt, wo diese Koalition gescheitert ist und im Nationalrat ein freies Spiel der Kräfte herrscht, ist nicht ausgeschlossen, dass Verschlechterungen wieder zurückgenommen werden.

Umso erstaunlicher ist das Stimmverhalten meines Magna-Betriebsratskollegen Thomas Stoimaier im Steirischen Landtag. Gerade erst zur Angelobung aufgestanden, fällt er bei seiner ersten Sitzung bereits um. Ein Antrag, der die Bundesregierung zur Abschaffung des 12-Stunden-Arbeitstages aufforderte, wurde von ihm wie auch von seinen sozialdemokratischen Kollegen abgelehnt.

Prinzipientreue sieht anders aus. Aber vielleicht spielt da auch eine Rolle, dass Landtagsabgeordnete ein Gehalt von 5.805 Euro (im Monat, brutto) erhalten.

Ein „netter Zuverdienst“ zum eigentlichen Brotberuf. Wir haben es schon oft gesagt, die Aussage hat nichts an Gültigkeit verloren: Abgehobene Einkommen führen zu abgehobener Politik.

Wen wundert es noch, dass die SPÖ nicht mehr als Arbeiterpartei wahrgenommen wird?

Hilde Tragler

Teurer Etikettenschwindel: „Betreubares Wohnen“ ohne Betreuung

„Betrug an älteren Menschen“ nennt Herr Rappold ein vom Land gefördertes Wohnmodell. Die inzwischen verstorbene Mutter des Steirers hat in einer solchen Wohnung gelebt. Die weit überhöhten Kosten hätten die Pensionistin fast in den Ruin getrieben.

Wer älter wird und im Haushalt nicht mehr alles alleine bewältigen kann, denkt natürlich darüber nach, welche Formen der Betreuung in Frage kommen. Im eigenen Zuhause zu bleiben und an Ort und Stelle Hilfe in Anspruch nehmen zu können, ist für viele das bevorzugte Modell. Kein Wunder, dass die Nachfrage nach Wohnungen, die unter dem Titel „betreubares Wohnen“ auf den Markt geworfen wurden, hoch ist.

Die Erwartungen haben sich aber sehr oft nicht erfüllt – im Gegenteil, viele Seniorinnen und Senioren stehen vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Das Land Steiermark, das diese Wohnform gefördert hat, will von den Proble-

men nichts wissen. Dabei wurden für das „betreubare Wohnen“ massive Überschreitungen der für geförderten Wohnbau üblichen Gesamtbaukosten toleriert.

Für das „betreubare Wohnen“ wurde in der Steiermark in den letzten Jahren vielerorts geworben. Vom Land Steiermark gab es Förderungen. Viele Seniorinnen und Senioren klagen aber über stark überhöhte Kosten, die manche in den Ruin treiben. Der Grund dafür ist, dass die Leistungen keineswegs in den hohen Kosten inkludiert sind. Alles ist extra zu bezahlen. Das ist aber vielen Betroffenen nicht klar. Sie klagen, dass sie eine Wohnung erworben haben, weil sie der Meinung waren, damit auch eine Betreuung zu erhalten. Diese muss aber, wie bei jeder anderen Wohnung, erst organisiert und bezahlt werden. Oft liegen die „betreubaren“ Wohnungen in der Nähe von Pflegeeinrichtungen. Das bedeutet aber nicht, dass automatisch Betreuungsleistungen angeboten werden. Im Gegenteil: durch die oft überhöhten Kosten für die Wohnungen bleibt den Seniorinnen und Senioren nicht mehr genug Geld, um die benötigte Pflege bezahlen zu können.

Keine gesetzliche Grundlage

Für das „betreubare Wohnen“ gibt es in der Steiermark keine gesetzliche Grundlage. Es handelt sich um die Erfindung einer Wohnbaugenossenschaft, die über zahlreiche Querverbindungen zur ÖVP verfügt. Für die Firmen im Hintergrund ist das Geschäft lukrativ: Bis zu 40 Prozent der Baukosten werden vom Land Steiermark übernommen – oft sind sie deshalb weit überhöht! Dabei handelt es sich um geförderte Mietwohnungen.

Der für die Pflege zuständige Landesrat Christopher Drexler (ÖVP) hat nach seinem Amtsantritt 2014 ein neues Pflege- und



Herr Rappold mit einer Werbebroschüre für die Wohnung, die ihn teuer zu stehen kam. „Das ‚Betreubare Wohnen‘ ist Etikettenschwindel. Es ist die Erfindung einer Wohnbaugenossenschaft, die politisch gut vernetzt ist und bei den Förderungen mitnascht. Dabei sind es normale Mietwohnungen, die Bewohner müssen sich selbst versorgen. Dafür zahlen sie aber eine um 40 Prozent überhöhte Miete.“

Betreuungsgesetz angekündigt, das beide Wohnformen regeln soll. Geschehen ist aber bis heute wenig, lediglich eine Richtlinie für betreutes Wohnen wurde geschaffen (siehe Info-Kasten).

Laut Wohnbauförderungsgesetz dürfen die Baukosten bei betreubarem und betreutem Wohnen um bis zu 200 Euro pro Quadratmeter höher sein als sonst im geförderten Wohnbau höchstens zulässig ist. Und das, obwohl dafür keine besondere Leistung vorgeschrieben ist!

Mehrere der „betreubaren“ Wohnhäuser sind mittlerweile wieder ganz normale Mietwohnungen. Der überhöhte Preis ist aber weiterhin zu zahlen.

Wir brauchen ordentliche Regelung

Der Annuitätenzuschuss muss mit 1 % Verzinsung zurückgezahlt werden, das ist ein „versteckter manipulierter Mietzins“. So machen die beteiligten

Genossenschaften und Banken mit diesem System hohe Profite. In der Steiermark wurden beide Formen gefördert, laut Auskunft des zuständigen Wohnbaulandesrates Johann Seitinger (ÖVP) an die KPÖ allerdings beinahe zehnmal so viele „betreubare“ wie „betreute“ Wohnungen!

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler war in den letzten Jahren mit mehreren Fällen konfrontiert. Immer wieder klagen Betroffene, sie hätten nicht gewusst, welche Leistungen sie wirklich bezahlen, und sind dann vor einem finanziellen Scherbenhaufen gestanden. „Es dürfte für die Bauträger ein sehr lukratives Geschäft sein, denn die Baukosten sind wesentlich höher als bei anderen geförderten Wohnungen. Leider ist es teilweise einfach eine Geschäftemacherei mit pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen. Deshalb brauchen wir eine klare gesetzliche Grundlage für diese Wohnungen.“

Ein wichtiger Unterschied

„Betreutes Wohnen“ ist eine Wohnform für ältere Menschen im Rahmen eines geförderten Mietverhältnisses. Die Wohnsituation muss „altersgerecht“ sein. Informationen, Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden angeboten. Pflege, medizinische Leistungen und dergleichen müssen extra angefordert und bezahlt werden.

„Betreubare Wohnungen“ müssen barrierefrei sein. Eine Betreuung oder sonstige Leistungen sind aber nicht inkludiert, sie sind nur „möglich“ und müssen extra bestellt und bezahlt werden.

Jahreskarte darf kein Luxus sein!

KPÖ für Abschaffung von Schikane bei Ermäßigungen – alarmierende Mehrkosten gegenüber anderen Bundesländern.

Ab 63 Jahren kann man in der Steiermark ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel kaufen. Allerdings nur unter Vorweis der ÖBB-Vorteilscard, ein Altersnachweis genügt nicht. Das gilt auch für Personen, die die ÖBB gar nicht nutzen. Die KPÖ hat einen Antrag an den Landtag eingebracht, diese Schikane abzuschaffen.

Im Steirischen Verkehrsver-

bund gilt eine Ermäßigung von 38 Prozent auf den Kauf von Stunden- und Tageskarten. Dafür muss aber eine ÖBB-Vorteilskarte vorgewiesen werden, die derzeit 29 Euro kostet. Die KPÖ hat bereits früher gefordert, diese Regelung abzuschaffen. Das wurde von der Landesregierung immer wieder abgeblockt.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Viele benötigen die ÖBB-Vorteilscard gar nicht. Sie benützen keine ÖBB-Züge und müssen trotzdem die 29 Euro ausgeben. Das ist eine sinnlose Regelung, die endlich abgeschafft gehört!“

Steiermark: Zehn Mal teurer als Tirol

In anderen Bundesländern gibt es eine ermäßigte Jahreskarte ohne Verpflichtung zum Kauf der ÖBB-Vorteilskarte. Im Land **Salzburg** etwa ein Jahresticket für Senioren um **299 Euro**, auch als Monats-Abo um 25 Euro, zu kaufen. Diese Jahreskarte gilt im ganzen Bundesland (Busse, Bahnen, Regionalexpress, Intercity). In **Wien** gibt es eine Jahresnetz-karte für Senioren um **235 Euro** (ÖBB-Vorteilskarte nicht nötig).

In **Tirol** kostet die Verbund-Jahreskarte für Menschen ab 63 Jahren **254,80 Euro**. Ab 75 Jahren kostet die Jahresnetz-karte in Tirol überhaupt nur **127,40 Euro**. Ein Lichtbildausweis zum Altersnachweis ist die einzige Voraussetzung.

In der Steiermark kostet die Jahreskarte für das gesamte Bundesland über 2.250 Euro. Ermäßigung für Pensionisten oder Senioren gibt es keine.

KPÖ

**GESUNDHEIT
NICHT KRANKSPAREN**



AM 29. SEPTEMBER: ~~X~~ KPÖ
Liste 7

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Frieden: Die Überlebensfrage



Am 6. August 1945 wurde zum ersten Mal eine Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima abgeworfen. Hunderttausende Menschen starben – sofort oder später an der Strahlenbelastung. Dieser Tag hat die Welt für immer verändert.

Die militärischen Großmächte lassen heute wieder die Säbel rasseln. Wie in den Zeiten des Kalten Kriegs werden Stellvertreterkriege mit unzähligen Toten geführt, Millionen werden aus ihrer Heimat vertrieben. Der US-Präsident kündigt ohne Not einen wichtigen Abrüstungsvertrag auf. Der Frieden ist in weite Ferne gerückt.

Die Angst vor einem neuen atomaren Wettrüsten ist berechtigt. Der Ausstieg aus der nuklearen Rüstung ist eine Überlebensfrage für die Menschheit, nicht weniger als die Frage des Klimaschutzes.

Aufgrund der Zerstörungskraft von Atomwaffen ist die gesamte Menschheit in Geiselhaft der Kriegstreiber und der Rüstungsindustrie. Wenn irgendwo ein Fehler passiert, kann auf Knopfdruck der Planet unbewohnbar werden. Umso wichtiger ist es, dass sich Österreich nicht in fremde Konflikte hineinziehen lässt. Die Neutralität ist in Zeiten wie diesen besonders wichtig.

Würden wir die Ressourcen, die für militärische Aggression und Rüstung verschwendet werden, für Bildung, Gesundheit und umweltfreundliche Technologien einsetzen, gäbe es längst keinen Grund mehr für Kriege. Für dieses Ziel lohnt es sich zu kämpfen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gov.at

Haben Sie ein Anliegen? Ich bin für Sie da:
Claudia Klimt-Weithaler, Tel. 0316 / 877-5104
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gov.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

- für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
 - Ausfüllen von Formularen.
- Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
 - Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemüthlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

EINFACH SPAREN

Stromkosten sparen
leicht gemacht

Neben der fleißigen Befolgung unserer Tipps zum Energiesparen können die Stromkosten auch durch die bewusste Auswahl des Stromanbieters gesenkt werden. Die Preise für Energie können sich je nach Anbieter dabei um bis zu 60 % unterscheiden. Bei einem Zwei-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3000 kWh kann das eine Ersparnis von bis zu 200 € pro Jahr bedeuten. Alles, was man dafür machen muss, ist, den günstigsten Stromanbieter über den Tarifkalkulator von E-Control im Internet zu suchen oder direkt bei E-Control anzurufen. Idealerweise hat man dabei seine letzte Strom-Jahresabrechnung griffbereit. Nach Angabe der PLZ, des letzten Jahresverbrauchs und des aktuellen Stromanbieters sucht der Kalkulator automatisch den günstigsten Anbieter. Zusätzlich können weitere Kriterien, wie z.B. „Ökostrom“ oder „Preisgarantie“ ausgewählt werden. Nach Auswahl des passenden Stromanbieters muss nur noch ein Wechselformular ausgefüllt und abgeschickt werden, den Rest erledigt dann der neue Anbieter. Eine eigenständige Kündigung beim bisherigen Anbieter ist nicht nötig. Angst, im Dunkeln zu sitzen, muss man dabei übrigens keine haben, denn eine durchgehende Stromversorgung wird jederzeit garantiert.

Gernot & Gabi

Für weitere Fragen:
0650/260 07 15

Baurestmassendeponie Thal gesperrt

Seit April 2019 ist die Baurestmassendeponie in Thal gesperrt. Der Grund sind Hangrutschun-



gen. Die zuständige Abt. 13 beim Amt der Stmk. Landesregierung hat gegenüber dem Schutzverein Lebensraum Steinbergstraße bestätigt, dass die Betreiberin ein fachkundiges Sanierungskonzept vorlegen muss. Wann die Deponie wieder geöffnet wird, ist offen.

Die Vertreter des Schutzvereins, Dr. Rudolf Ebner und Dr. Harald W. Vetter sehen ihre Bedenken bestätigt. „Die Bestimmungen nach der Deponieverordnung, keine Deponie im steilen Gelände, unterirdische Quellen, haben seinerzeit keine Beachtung gefunden“, erinnert Ebner. Der Verein setzt sich nach wie vor gegen die Zerstörung und Verschmutzung der Natur sowie die mit der Deponie verbundenen erheblichen Verkehrsbelastungen auf der L301 ein.

BEZIRKSRÄTIN
TRIFFT
RADPROFI

Eggenberg Im Rahmen einer Festveranstaltung anlässlich von 100 Jahren Unfallkrankenhause am 28. Juni hatte KPÖ-Bezirksrätin **Karin Gruber** die Gelegenheit, den Radprofi **Christopher Strasser** kennenzulernen. Strasser hat mehrmals den „Race across America“-Bewerb gewonnen, zuletzt durchquerte er Europa.

Kompostklo, die saubere Lösung!

Die Hälfte der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Trotzdem verwandeln wir per Druck auf den Spülknopf des WC mehr als ein Drittel unseres Trinkwassers in Abwasser. Es ist höchste Zeit für ein Umdenken! Fäkalien sind trocken zu entsorgen, d.h. zu kompostieren: Dazu eignet sich die sog. Zweistufenkompostierung optimal.

Dabei kommt das Gemisch aus Kot und Streumittel (darüber muss man eigens reden) auf eine Deponie, wird mit Erde bedeckt und mit Pflanzen, die schnell viel Blattmasse entwickeln, bepflanzt. In der zweiten Stufe werden diese abgeerntet und zu Kompost verarbeitet, der dann für die Gemüsedüngung verwendet werden kann. Somit sorgt die Pflanzenwelt für absolute Sauberkeit und Sicherheit.

Dann gibt es auch keine Geruchsbelästigung mehr, wie etwa bei Niederdruckwetter, wenn es vom Kanal herauf bis ins WC stinkt. Wir glauben, wenn wir unseren Kot wegspülen, wäre er aus der Welt geschafft. Dass dies ein großer Irrtum ist, daran erinnert uns der Gestank aus den Kanälen.

Trockene Entsorgung dagegen ist vollkommen geruchlos, wie 25jährige Erfahrung mit einem Kompostklo, die der Schreiber dieser Zeilen gemacht hat, auf eindrucksvolle Weise zeigt.

Um es noch einmal zu sagen: es ist höchste Zeit für ein Umdenken! Glücklicherweise gibt es in Wolkersdorf im Weinviertel eine Firma – oeklo.at –, die sich dieser Thematik angenommen hat.

Herbert Fuchs

Sie erreichen mich unter: herbert.f.fuchs@gmail.com

Wanderer kommen unter Räder



In Zusammenhang mit der sogenannten „Attraktivierung des Plabutsch“ wurde den Grazern von den Seilbahnbefürwortern ein Mitspracherecht zugesagt, um Wanderwege zu optimieren. Tatsächlich geschieht das Gegenteil: Die Holding Graz betrachtet Wanderwege, sofern sie vom Alpenverein nicht markiert wurden, als Verfügungsmasse, um daraus Downhill-Abfahrten für Biker machen zu können und Wanderer auszuschließen.

Das Forstgesetz sieht Wegfreiheit für Fußgänger im Wald, allenfalls die Anlegung von Umgehungswegen vor. Im Falle des „Short West“ zwischen Gaisberg und Gaisbergsattel hat die Holding im Vorjahr einen Umgehungsweg für Wanderer angekündigt. Sie hat aber keine Taten folgen lassen, sodass der dortige Höhenkammweg noch immer für Wanderer „gesperrt“ ist. In Graz fehlt eine Stelle, die sich um solche Fälle kümmert, damit Wanderer nicht „unter die Räder“ kommen.

Viktor Pölzl

EU-Spitzenposten: Saubere Hände sind nicht gefragt

Der eine musste 2012 als Präsident des Europäischen Hochschulinstituts zurücktreten, weil er die Dotation eines Konzerns in Höhe von 300.000 Euro »vergessen« hatte. Die andere wurde 2016 des fahrlässigen Umgangs mit öffentlichen Geldern in der Höhe von 403 Millionen Euro schuldig gesprochen. Und die dritte steht für die Verschwendung von Steuergeldern, um die Aufrüstung zu finanzieren.

Alle drei sind „glühende Europäer“ führen ab November die wichtigsten EU-Behörden. Es handelt sich um den künftigen Chef der Außenpolitik, **Josep Borell**, um die neue Chefin der EU-Zentralbank **Christine Lagarde** und um die nächste Präsidentin der EU-Kommission, **Ursula von der Leyen**.

Um an die Spitze der EU zu kommen, braucht man keine sauberen Hände. Man muss nur im Sinn des Systems funktionieren. Das sind die wirklichen Auswahlkriterien, es geht dabei nicht um Demokratie. Diese Herrschaft

der Superreichen hat sich von der Mehrheit der Bevölkerung abgeschottet.

Vor Wahlen gibt es schöne und teure Wahlversprechen. Nach der Wahl zeigt die EU ihr wahres Gesicht: Die einfachen Leute müssen die Aufrüstung und das Weltherrschaftsstreben mit Sozialabbau und Einschränkung der sozialen Rechte bezahlen.

Der Umgang mit Staaten wie Ungarn oder Polen zeigt: Auf der offenen Bühne gibt es Anklagen des EU-Establishments gegen die Regierungen dieser Mitgliedsstaaten. Im EU-Parlament ist Ursula von der Leyen nur deshalb gewählt worden, weil die dortigen Regierungsparteien für sie gestimmt haben.

Fürstliche Gagen

Die EU-Regierungschefs haben das neue Personal ausgesucht. Und es wird fürstlich bezahlt. Die EU-Kommissionspräsidentin, der EU-Ratspräsident und die Präsidentin der EU-Zentralbank bekommen inklusive Zulagen 32.700 Euro im Monat. Die Gehälter der Vizepräsidenten der EU-Kommission liegen inklusive Zulagen bei 30.800 Euro.



KPO

Robert Krotzer
Steirischer KPÖ-Spitzenkandidat

0% KÄUFLICH

100% SOZIAL

AM 29. SEPTEMBER: ✗ KPÖ

Wir können Entscheidendes verändern, um allen Menschen in Österreich eine Perspektive zu bieten. Nicht in einigen Jahren, sondern bei der Wahl am 29. September 2019.

EU-Privatpensionen: Bedrohung unseres Pensionssystems

Das EU-Parlament hat im April einen Beschluss gefasst, der weitreichende Folgen für unser Pensionssystem haben kann.

Der Verordnungsentwurf soll die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, ein europaweites Altersvorsorgeprodukt einzuführen (PEPP, Pan-European Personal-Pension-Product). Die Verordnung ist eine explizite Erklärung zugunsten der privaten Vorsorge und ein Druckmittel auf die Regierungen in den Mitgliedsstaaten, um Anreize und Erleichterungen für private Pensionvorsorgepläne zu schaffen, zu Lasten der öffentlich finanzierten Systeme.

Die Verordnung sagt es in ihrer Begründung deutlich, wem sie dient. Es geht nicht darum, ein soziales Recht abzusichern, sondern das Ziel des Gesetzgebers ist es, dass Geld, das über ein privates Pensionsprodukt gesammelt wird, zu Investitionskapital wird. Die Anbieter von Privatpensionen streben an, langfristige Finanzinvestitionen zu tätigen, die mit großen Risiken behaftet sind. Die Verordnung sieht vor „auf der Angebotsseite (...) es einem breiteren Spektrum von Anbietern (Banken, Versicherungsträgern, Vermögensverwaltern, betrieblichen Pensionsfonds, Investmentfirmen) [zu] ermöglichen, das PEPP anzubieten, und dabei

gleiche Wettbewerbsbedingungen [zu] gewährleisten. Das PEPP könnte samt der Beratung Online angeboten werden und würde kein Filialnetz erfordern, was den Marktzugang vereinfachen würde. Dank eines Produktpasses könnten Anbieter in neue nationale Märkte eintreten. Die Standardisierung der Eckpunkte sollte zudem die Kosten für die Anbieter senken und es ihnen ermöglichen, Beiträge aus verschiedenen nationalen Märkten zu bündeln und Mittel in EU-weite Investitionen zu kanalisieren.“

Die Pläne hinsichtlich der Privatpensionen sehen auch vor, dass die Verwalter des Kapitals aus den Pensionsmitteln einen

bestimmten Prozentsatz erhalten sollen. Also ein gutes Geschäft für die Anbieter. Die EU will das öffentliche Pensionssystem weiter zurückfahren. Dafür schiebt man das Argument vor, dass das öffentliche Pensionssystem nicht mehr leistbar sei.

Wenn manche Politiker und Medien sagen, dass die Pensionen nicht sicher wären, haben sie nur ein Ziel vor Augen: Zerschlagung der öffentlichen, solidarischen Pensionssysteme! Sie sollen durch Privatpensionen ersetzt werden, die den Versicherungsgesellschaften enorme Zusatzprofite bringen sollen. Die Vorbereitungen dafür erfolgen in aller Stille.

So werden Kriege gemacht

Der 2. Weltkrieg begann vor 80 Jahren. Mit einer Lüge – das hat Schule gemacht.

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, fielen die Truppen Nazideutschlands ohne Kriegserklärung in Polen ein. Hitler behauptete in seiner Reichstagsrede aber: „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“. Dieses Beispiel zeigt ein Stück des Geheimnisses, in dem Kriege gemacht werden. Und es ist leider kein Einzelfall.

Die Nazis behaupteten damals, polnische Freischärler hätten den Sender Gleiwitz in Schlesien überfallen und dort Proklamationen in polnischer Sprache gesendet. In Wirklichkeit war das eine SS-Aktion. Die angeblichen Polen waren KZ-Häftlinge, die von den SSlern an Ort und Stelle erschossen wurden. Die Aktion diente auch dazu, den damals kriegsmüden Deutschen eine Erklärung für die Aggression zu liefern.

So waren sie eben, die Nazis.



Foto: solidarwerkstatt.at

Das könnte man sagen, wenn es seither nicht einige Beispiele dafür gegeben hätte, dass auch angesehene westliche Regierungen zu ähnlichen Mitteln gegriffen haben.

Beispiel Tonkin Zwischenfall

Im Jahr 1964 suchten die USA einen Vorwand, um mit einem massiven Truppeneinsatz und mit der Bombardierung Nordvietnams in den Vietnamkrieg einzutreten. Diese Aggression war schon seit 1963 geplant gewesen. Deshalb behauptete US-Präsident Johnson, dass nordviet-

namesische Schnellboote zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals ohne Anlass beschossen hätten. Seit den 1980er Jahren ist erwiesen, dass am 4. August 1964 kein Torpedoangriff auf die US Kriegsschiffe erfolgt ist. Die Pentagon-Papiere (erschienen 1971) und die Memoiren von Robert McNamara (1995) belegen, dass die US-Regierung die Vorfälle durch bewusste Falschdarstellung zur Durchsetzung ihres seit 1963 geplanten direkten Kriegseintritts benutzte.

Beispiel Kosovo-Krieg

Als es im Jahr 1999 darum

ging, Zustimmung der Öffentlichkeit für einen Einsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu gewinnen, spielte der Hufeisenplan eine große Rolle. Das war die Bezeichnung eines angeblichen Plans zur systematischen Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo, der dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic zugeschrieben wurde. Er diente als Begründung der NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Seine tatsächliche Existenz konnte bislang nicht bewiesen werden. Zu den Folgen dieses Krieges gehört unter anderem, dass einer der größten USA-Militärstützpunkte in Europa seinen Sitz im Kosovo hat.

Beispiel Irak-Krieg

Der Krieg der USA und einer Koalition der Willigen gegen den Irak im Jahr 2003 wurde damit begründet, dass der irakische Diktator Saddam Hussein über nukleare Massenvernichtungsmittel verfügen würde. Nach dem Einmarsch der Amerikaner stellte sich heraus, dass davon keine Rede sein konnte. Und die USA mussten zugeben, dass ihre damals der UNO vorgelegten Unterlagen gefälscht waren.

Beratung und Hilfe bei Behinderung

ÖZIV Support ist ein Beratungsservice, das der Österreichische Zivilinvalidenverband (ÖZIV) in Zusammenarbeit mit dem Sozialministeriumservice in Graz anbietet.

Personen im erwerbsfähigen Alter mit gesundheitlichen Einschränkungen können sich zu zahlreichen Fragen rund um ihre Erkrankung bzw. Behinderung am ÖZIV-Standort (Büro ist neben dem Landessekretariat des ÖZIV) in der Triesterstraße 388-390 kostenlos und anonym beraten lassen.

Das Beratungsangebot umfasst:

- Coaching für Menschen mit Behinderungen

- soziale Fragen (Wohnungs- oder Autoadaptierungen)
- Vergünstigungen, Ausweise, steuerliche Möglichkeiten
- Fragen zum Arbeitsplatz
- Hilfsmittel für Alltag und Beruf

Der ÖZIV Support sucht nach individuellen Lösungen für die einzelnen Fragestellungen. Dabei arbeitet er mit verschiedenen Institutionen, wie z. B. Fit2work, Caritas, Jugend am Werk usw., zusammen.

Terminvereinbarung:

Tel. 0316 / 244 352

www.oeziv.org/support/support-kontakt



Gerald Brandstätter und Andrea Bogner beraten in Graz.

Andrea Bogner, Tel. 0699 156 60 001, andrea.bogner@oeziv.at und

Gerald Brandstätter, Tel. 0664 881 04 793; g.brandstaetter@oeziv-steiermark.at

Im Jahr 2019 leben wir in sehr gefährlichen Zeiten. In vielen Weltgegenden gibt es Spannungen und auch Kriegsgefahr: Die Konflikte USA-Iran, USA - Nordkorea, Russland-Ukraine, können jederzeit eskalieren. Dabei spielen gerade in Zeiten der neuen Medien die Propaganda und die Zuteilung der Verantwortung in den Augen der Weltöffentlichkeit eine große Rolle. Es ist notwendig, die Behauptungen der Regierungen stets auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Eine einfache Frage kann dabei die Antwort geben: Wem nützt es? *F.St.P.*



Sozialministeriumservice

ÖZIV SUPPORT
Für Menschen mit Behinderungen



Grazer Traditionsbetriebe: Firma Hirt

Im Reich der Kurzwaren

„Kauft allerhand, kauft allerhand, kauft lang´ und kurze War! Sechs Kreuzer´s Stück, ist gar kein Geld, wie´s einem in die Hände fällt.“

Goethe: Das Jahrmarktsfest zu Plundersweilern.

Im Grimm´schen Wörterbuch werden „kurze Waren“ als „Waren, die nicht mit der Elle gemessen werden“, definiert. Knöpfe in allen Größen und Farben, Kordelenden, Schulterpolster, Jeans-Flicken, Gürtelschnallen, Armblätter, Nähadeln, Einziehgummis... all das und noch viel mehr hat die Firma Hirt am Kaiser Franz Josef Kai, ganz in der Nähe der Talstation der Schlossbergbahn, im Sortiment.

„Es gibt kaum mehr Handarbeitsgeschäfte für Einzelkunden in Graz, wir sind in dieser Nische gewissermaßen übriggeblieben“, erzählt uns Klaus Hirt, Firmenchef in vierter Generation.

Das Geschäft befindet sich in einem Gebäude, das schon lange der Familie gehört. Urgroßvater Anton Hirt hat die Räumlichkeiten für die Bildhauerei verwendet, Großvater Karl Hirt, ebenfalls gelernter Bildhauer, begann schließlich mit der Hirschknopffertigung für Schneidereien und den Großhandel.

Klaus Hirt, gelernter Maschinenbauer („die ideale Ausbildung für die Knöpfeproduktion“), wurde nach eigener Aussage „in das Geschäft hineingeboren“. Er erinnert sich an die frühen Sieb-

zigerjahre, als er ein kleiner Bub war: „Das Geschäft war voll mit Hirschwaren, Jagdutensilien und ausgestopften Tieren, die an Gasthäuser und Touristen verkauft wurden. Es hat ein bisschen wie in einem Gruselkabinett ausgesehen.“ Ungefähr im Jahr 2000 wurde das Geschäftslokal umgebaut, kundenfreundlicher und heller gestaltet und mit besser einsehbaren Auslagen versehen. Damals hat sich der Schwerpunkt von der Knöpfe-Produktion in Richtung Handarbeitsgeschäft verlagert, unter dem Motto: „Alles rund ums Nähen, von der Schere bis zum Knopf und zu den Reißverschlüssen.“

So erfreut sich das Geschäft bei Privatkunden, Modeschülern und Änderungsschneiderinnen großer Beliebtheit. Allein das Angebot an Knöpfen – teilweise

immer noch aus der eigenen Werkstatt – ist atemberaubend. „Auch Knöpfe sind Modetrends unterworfen“, erklärt uns Herr Hirt, es gibt „Ladenhüter“, die 15 Jahre lang im Geschäft sein können, „aber irgendwann kommt dann jemand und fragt nach etwas Speziellem. Da können wir dann immer wieder weiterhelfen.“

Auch der Großhandel wird weiterhin mit Knöpfen aus eigener Produktion bedient, da kann schon einmal ein Auftrag über 100.000 Stück reinkommen.

Das Geschäft mit Handarbeitswaren richtet sich nach den Jahreszeiten: Im Hochsommer, wenn die Menschen auf Urlaub fahren oder ihre Freizeit gern im Garten und im Grünen verbringen, ist´s bei Hirt etwas ruhiger.

Wenn der Herbst naht, kommen viele Mütter ins Geschäft,

die für ihre Kinder nähen und ausbessern. Zu Schulbeginn kommen die Modeschüler, aber auch die Kinder aus der Volksschule, um diverse Bastelutensilien zu erwerben.

Ballsaison, Fasching, Ostern – Fixtermine in der Planung der Firma Hirt.

Die Firma beschäftigt zehn Mitarbeiter (Verkauf, Versand, Knöpfeproduktion). Während unseres Interviews lernen wir Bernadette kennen, eine junge Angestellte, die gerade mit Inventararbeiten beschäftigt ist. Sie erzählt uns, dass sie am Tag zuvor bei der Firma Hirt angefangen hat, nachdem sie Schülerin in der Modeschule Ortwein war, in Wien studiert hat, und später, ebenfalls in Wien, im Textilbereich im Verkauf tätig war.

Es fällt auf, dass viele Kunden ins Geschäft kommen, die mit Freude und lange im umfangreichen Sortiment stöbern. Ein fündig gewordener Herr schwärmt: „Dass es das in Graz noch zum Kaufen gibt!“

Wir bewundern beim Verlassen des Geschäfts das „Strickliesel-Set“, das in der Auslage seines neuen Besitzers harrt.

Klaus Hirt



Wenn „spezielle“ Kurzware gefragt ist kann Hirt weiterhelfen.

HIRT – KNÖPFE, NÄH- UND HANDARBEITZUBEHÖR

Kaiser Franz Josef Kai 34,
8010 Graz
Mo-Fr 8.30-18 Uhr • Sa 9-12.30 Uhr
Tel. 0316/825301
www.hirt-austria.at



www.volkshaus-graz.at

<http://kpoe-bildungsverein.at>

KPÖ
BILDUNGSVEREIN

Mittwoch, 11. September, um 18 Uhr
im KIZ RoyalKino, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 10, Graz

»INLAND« – Filmvorführung & Diskussion

»Inland« begleitet drei FPÖ-Fans vor und nach der Nationalratswahl 2017 in Österreich: Eine Kellnerin, einen Arbeitslosen und einen kleinen Beamten. In roten Arbeiterfamilien sozialisiert, setzen sie jetzt ihre Hoffnungen auf die FPÖ. Alle drei



FOTO: KPÖ, FUCHS

haben großes Unbehagen gegenüber »den Ausländern«. Gleichzeitig sehnen sich nach einem besseren Leben für die »kleinen Leute«. Der Film von Ulli Gladik gibt intime Einblicke in ihre Probleme, Ängste und Gesinnungen und zeichnet so ein Bild einer sich im Umbruch

befindenden Gesellschaft. Film und anschließende

Diskussion mit:
Ulli Gladik, Dokumentarfilmerin
Robert

Krotzer, KPÖ-Stadtrat
Hilde Tragler, AK-Rätin und Betriebsrätin des GLB bei Magna Steyr
Ermäßigter Eintritt: 5 Euro
Um Voranmeldung wird gebeten. bildungsverein@kpoe-steiermark.at

Samstag, 14. September, 17 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Karl Drews Klub

VERNISSAGE: AKVILE SCHIMENEK



Alte Firmen-Aufschriften, Teil 2



Romantausch-Stüberl, Josef Huber Gasse 2, 8020 Graz, bis ca.2017

Mittwoch, 2. Oktober, 19 Uhr,
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, KPÖ-Bildungszentrum

WOLFRAM BERGER LIEST DIDIER ERIBON

Nach dem Tod des Vaters kehrt Didier Eribon – als sozial aufsteigender, homosexueller Akademiker, der seinem proletarischen Familienumfeld den Rücken kehrt – in die nordfranzösische Industriestadt Reims zurück und arbeitet in Gesprächen mit seiner Mutter nicht nur die Geschichte seiner Familie, sondern auch seiner Klasse auf. In »Rückkehr nach Reims« beschreibt er die ökonomischen, sozialen und politischen Umbrüche, die dazu führten, dass sich die Arbeiter erst von der Politik abwendeten, um schließlich mit der Wahl des rechts-extremen Front National einen Akt »sozialer Notwehr« zu sehen. Eine Spurensuche.

Wolfram Berger ist gebürtiger Grazer vielfach preisgekrönter Schauspieler, Sänger, Kabarettist, Film- und TV-Schauspieler, Regisseur und Produzent ungewöhnlicher Theater-Abende abseits des Mainstreams.

Musikalische Umrahmung mit französischen Chansons.

FOTO: U.BURKERT



Tagung: Leistbares Wohnen 30. Oktober 2019

9 bis 16 Uhr

Im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Moderation: Claudia Klimt-Weithaler

Heinz Schoibl, Wohnungslosenhilfe: „Wohnen für alle. Leistbar. Dauerhaft. Inklusiv“

Elke Kahr, KPÖ: „Sozialer Wohnbau als Chance“

Andrej Holm, Linke Berlin: „Mietzinsobergrenzen in Berlin“

Walter Rosifka, AK Wien: „Leistbares Wohnen – Welche rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen müssen wie geändert werden?“

Helpen statt Reden. Elke Kahr.

KPÖ

**Mieten runter!
Wohnbau fördern.**

www.kpoe-graz.at/wohnpaket



Wohnen macht arm.



Der Gewerkschaftliche Linksblock im ÖGB (GLB) hilft und unterstützt in Fragen von Arbeit und Beruf

GLB Servicetelefon
0677/612 538 99

volks²⁰¹⁹hausfest

Das Fest findet bei jedem Wetter
im Grazer Volkshaus statt,
der Eintritt ist frei.



Das Wiedersehenstreffen zum Ferienausklang: Das VOLKShausFEST in der Lagergasse 98a bietet Gelegenheit für gemütliches Zusammensein und Gedankenaustausch. Ein tolles Musikprogramm für jeden Geschmack gibt es ebenso wie Unterhaltung für Kinder und einen Glückshafen mit Verlosung.

Mit „**Ronnie Rocket & Spitfires**“ betritt eine österreichischer Rockstar die Bühne des Volkshausfests. „Ronnie Rocket“, bürgerlich Ronald Iraschek, war un-

ter dem Künstlernamen „Ronnie Urini“ schon in den Achtzigern eine wichtige Figur in der österreichischen Underground-Szene. Sein Auftritt in der Aula der Grazer Uni beim „Unitopia“-Fest mit seiner damaligen Band, den „letzten Poeten“ gilt als legendär. Iraschek hat ca. 200 Songs geschrieben, seine Version von „Niemand hilft mir“, einer Vertonung eines Konrad Bayer-Textes, war ein Subkultur-Hit.

Die „New Orleans Rhythm Aiders“ (Dixieland/Jazz), Fritz Ostermayer (Radiomacher und

Moderator, diesmal als Sänger mit Elektronik und Ukulele), „Charlie & die Kaischlabuam“ (Mundart-Blues), Volkshausfest-Stammgast Berndt Luef mit seinem Quartett und die „Muscle Tomcat Machine“ (atmosphärische Songs) runden das abwechslungsreiche Musikprogramm ab.

Der italienische DJ Favelotti, eigenen Angaben zufolge „auf einem Campingplatz in Rimini aufgewachsen“, wird in den Nachtstunden mit einer „Italo Disco“ einheizen.

Wie immer gibt 's in- und ausländische Speisen und Getränke. Heuer erstmals beim Volkshausfest: Feine Süßigkeiten von der Konditorin – Petit Desserts, siehe unten.

Nicht zu vergessen das Kinderprogramm für Jung und Alt. Schöne Preise werden beim Glückshafen mit Elke und Claudia verlost. Und wer sich für die Nationalratswahl interessiert: Der steirische KPÖ-Kandidat Robert Krotzer informiert aus erster Hand.



BERND LUEF QUARTETT

BUCHTIPP

Aus aktuellem Anlass (Ibiza) ist Anfang Juli 2019 ein Band politischer Cartoons vom bekannten Zeichner Karl Berger erschienen.



Karl Berger: KURZSCHLUSS.

ISBN 978-3-85371-463-8, gebunden, großes Format, durchgängig färbig, 88 Seiten, 14,90 Euro
Das Buch kann in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag bestellt werden.
Näheres: <https://mediashop.at/buecher/kurzschluss/>

Senior/innenturnen im Volkshaus!

SeniorInnenturnen 50+ „**Wer rastet, der rostet**“ startet wieder:

Wann: ab 23. September

jeden Montag von 14 bis 15 Uhr

Wo: Volkshaus Graz, Bildungsverein, Lagergasse 98 a

Einfach hinkommen!
Unkostenbeitrag 3,50 pro Stunde

Rückfragen bei Inge Arzon.

Tel. 0664/873 8448



PETIT DESSERTS

Konditormeisterin
Ursula Weber

Grazerstraße 19b, 8045 Graz

Tel. 0699/1926 5070

E-Mail: petit-desserts@gmx.at

www.petit-desserts.at



JEDEN FREITAG VON 11 - 18 UHR KÖNNEN SIE SICHERT WAS SÜSSES FÜR SICH WOHLEN.

Jede Woche gibt es verschiedene Torten, Törtchen, Kuchen, Muffins, Petit Fours und vieles mehr...

NEU: KURSE für Hobby-Konditor/inn/en



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Welterbe Graz

Etwa einen Monat lebe ich in Graz, um die Wohnung eines guten Freundes zu hüten.

Die Innenstadt mit dem Schlossberg zählt zum UNESCO-Welterbe, was Graz eine besondere Attraktivität verleiht. Blicke ich allerdings in andere Teile von Graz, so werde ich in ziemlich negativer Weise überrascht.

Dass das wunderbare Augarten-Ambiente mit seinem „Kino im Augarten“ einfach so auf brutale

Weise einem „hässlichen Wohnprojekt“ geopfert wurde, darf nicht hingenommen werden. Und das vor den Toren der Altstadt!

Der fünfte Bezirk Gries am anderen Ufer der Mur ist einer Stadt mit Welterbe-Status unwürdig. Ich durchschritt ihn abends einmal beginnend am Karlauerplatz bis zum Griesplatz und war entsetzt, wie heruntergekommen dieser Bezirk ist. Alte, abgewohnte Häuser, desolate Innenhöfe und leere Geschäftsauslagen. Ich finde,

dass dies für Graz sehr beschämend ist! Thomas Reitter

Wann kommt persönliche Haftung?

Hier aktuelle Zahlen aus meiner Heimatstadt Innsbruck: Geplant war die neue Patscherkofelbahn mit 34 Mio. Euro. Die Endabrechnung zeigt jetzt 63 Mio. Euro, also fast eine Verdopplung der Kosten.

Wieder ist kein Politiker persönlich dafür verantwortlich, obwohl der Gemeinderat das Projekt beschlossen hat. Wird das Seilbahnprojekt auf den Plabutsch ähnlich enden? Wann kommt endlich die persönliche Haftung aller Politiker, die für diese Projekte gestimmt haben? Paul Matt

Gebäudeservice & Gartenpflege

- O Hausbetreuung
- O Rasenmähen
- O Gartenpflege, Heckenschneiden etc.

Ich freue mich auf Ihren Anruf!

0650/3835808

Treffen zum sportlichen Beachvolleyball

jeden Dienstag 18:15 Uhr
4 gegen 4 oder mehr,
macht mehr Spaß.
**Beachvolleyballplatz
Oeverseepark!
Albert-Schweitzer-
Gasse 36a, 8020 Graz**
Rückfragen bei
Roland Montaperti,
Tel. 0670/601 7621 oder
auf Facebook unter
MR Perspektive Foto's

KLEINANZEIGEN

Suche Bürojob

Ich war 27 Jahre im Bereich **Büroservice und Office** tätig. Nach längerer Pflege meiner Eltern möchte ich wieder durchstarten. Ich bin auf der Suche nach einem Job in den Bereichen Büro, Sekretariat, Dateineingabe oder Telefonvermittlung im Großraum Graz. Bezüglich der Wochenstunden bin ich flexibel von GERINGFÜGIG BIS VOLLZEIT. Über ein Bewerbungsgespräch würde ich mich sehr freuen. R. Schlacher, Tel. 0664/5842401 oder Mail: renate.maria.schlacher@gmail.com

Erfahrene **Bürohilfskraft** sucht eine **geringfügige Anstellung** im Bürobereich. Praxiserfahrung in: Terminabsprachen, Rechnungslegung, Datenpflege, Ordnerverwaltung sowie Handkassa. Ich bin vielseitig interessiert und flexibel. Gewünschte Arbeitszeiten sind Montag bis Freitag. Für genaue Rückfragen stehe ich unter 0676 73 73 312 zur Verfügung.

29.9.19 Nationalratswahl

0% KÄUFLICH

100% SOZIAL

Liste 7 ~~KPÖ~~

KPÖ
RED:OUT Stammtisch

Offener Stammtisch
jeden ersten Dienstag im Monat
Di. 3. Sept 2019 - 18:30
Café Contra Punto,
Kosakengasse 9
Info: 0650 / 68 77 166

**Schach-
Training**

Der **SC Extraherb WS** bietet offene **Vereinsabende für Schachinteressierte**: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger**
Anmeldung unter Tel. **0699 100 435 28**.

**Zwei Wochen lang:
Gratis lesen! ***

* Und hier das Kleingedruckte:
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!

jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 0049/30/53 63 55-84

// DIE FOLGEN DER KLIMAKRISE DÜRFEN NICHT WIE DIE SCHULDEN DER BANKEN AUF DIE MENSCHEN ABGEWÄLT WERDEN //

IVO HAJNAL

Der Sprachwissenschaftler Ivo Hajnal aus Innsbruck ist österreichischer KPÖ-Spitzenkandidat am 29. September

**GRAZER
Stadtblatt**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DV/R: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Lotte: Die Am. Staff-Mischlingshündin Lotte ist ca. 6 Jahre alt und stammt aus schlechter Haltung. Sie ist sehr sensibel, aber auch anhänglich und liebesbedürftig. Für sie suchen wir hundeerfahrene, liebevolle neue Besitzer.



Cooper: Der lebhaft und freundliche Staff-Mischling Cooper (kastr., 5 Jahre alt) musste wegen Trennung und Zeitmangel ins Tierheim. Kinder mag er gerne. Er sucht nach Rassekennern, die gerne eine lustigen, aktiven Begleiter hätten.



Packo: Der stattliche Rottweiler Packo ist ca. 6 Jahre alt und kastriert. Er ist sehr freundlich und anhänglich, lebhaft, braucht noch etwas Erziehung. Er versteht sich mit vielen anderen Hunden und hofft auf ein Zuhause mit Garten!



Leo: Der 7-jährige, kastrierte Schnauzermischling Leo stammt aus schlechter Haltung, ist aber ein lustiger, fröhlicher Hund geblieben. Er hat allerdings einen starken Charakter und benötigt deshalb jemanden, der schon Erfahrung mit Hunden hat.



Speedy: Die noch ängstliche, schwarze Katze Speedy ist ca. 2 Jahre alt und kastriert. Wegen dem Umzug in eine Wohnung wurde sie abgegeben, da sie unbedingt Freigang benötigt.



Bärli ist eine 6jährige Katzendame, kastriert und relativ schüchtern. Sie wünscht sich einen ruhigen Platz, wo sie auch ins Freie darf.



Gismo: Der 13jährige Wohnungskater Gismo ist anfangs schüchtern. Er freut sich über einen ruhigen Alterssitz, wo er verwöhnt wird.



Kaninchen Sanso: Der erst 4 Monate alte Kaninchenbub ist auf der Suche nach einem schönen Platz mit Artgenossen in einem Freigehege.

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

1. Welche Provision will die KPÖ abschaffen? (S. 2).
2. Womit verdienen Firmen wie Novomatic Milliarden? (S. 3).
3. Welche Beeren zieren die Fensterbank? (S. 4-5).
4. Gibt es für Senioren bereits in Ungarn? (S. 6).
5. Die neue Grazer Buslinie 66 verbindet St. Peter mit? (S. 7).
6. Wie heißen die Anrufsammeltaxis, die ab Ende September in den Stadtrandgebieten verkehren? (S. 8).
7. Wie heißt der steirische KPÖ Spitzenkandidat? (S. 10-11).
8. Alle Kandidaten der KPÖ-Liste haben sich dazu verpflichtet (S.11).
9. Wofür spendet die KPÖ? „Geld für statt für Banken“ (S. 12).
10. Wofür versuchen Vermieter unrechtmäßig die Kautionsrechnung zu stellen? (S. 12).
11. fördert Atemwegserkrankungen (S. 13).
12. Nachname der Erbauerin des Margaretenbades (S. 14).
13. Welches Bad soll 15 Jahre nach Stilllegung wiedereröffnet werden? (S. 14).
14. Das Gehalt welcher Berufsgruppe der Holding Graz wurde erstmals nach 10 Jahren erhöht? (S. 16)
15. Hilfe bei beruflicher Umorientierung findet man im (S. 17)
16. Erfindung einer Wohnbaugenossenschaft um hilfsbedürftige Menschen abzuzocken (S. 18)
17. Welche Solidarleistung, die nach einer bestimmten Anzahl an Berufsjahren ausbezahlt wird ist in Gefahr? (S. 21)



Senden Sie die Lösung **unter Angabe Ihrer Adresse** an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

volks²⁰¹⁹hausfest



Ab 15 Uhr im Hof

DJ Favelotti / Italo Oldies
New Orleans Rhythm Aiders
Charlie & die Kaischlabuam
Fritz Ostermayer

Ab 20 Uhr im KPÖ-Bildungsverein

Berndt Luef Quartett

Ab 21 Uhr im großen Saal

Muscle Tomcat Machine
Ronnie Rocket
& Spitfires / aka Ronnie Urini

On decks: DJ Favelotti / Italo Disco (Rimini)

Samstag

7.9.

ab 15 Uhr
bei jeder Witterung
Eintritt frei!

Kinderprogramm für Jung & Alt • Glückshafen mit Elke & Claudia

Für Speis und Trank ist gesorgt